

KODAK GRAY SCALE

C

Red-Filter Negative

Cyan Printer

M

Green-Filter Negative

Magenta Printer

Y

Blue-Filter Negative

Yellow Printer

.10

.20

.30

.50

.70

M

1.00

1.30

1.60

B

1.90

black

3-color

white

cyan

violet

magenta

primary red

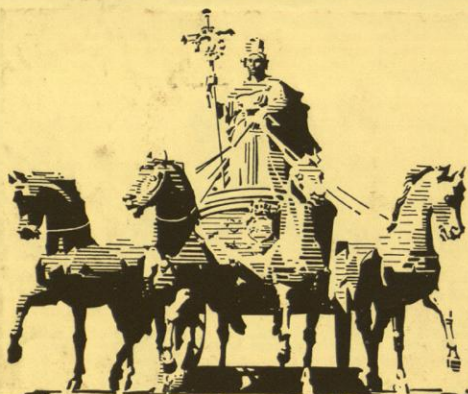
yellow

green

KODAK COLOR CONTROL PATCHES

These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.

Qm 153



BVECHEREI
RESIDENZSCHLOSS
BRAVNSCHWEIG

J. Lehmann
cm 153

UB Braunschweig

84



1204-710-3

Institut
für Geschichte u. Staatskunde
an der Techn. Hochschule
Braunschweig

Bt. 57

Der jüngste Kampf um die
Burg Dankwarderode
zu Braunschweig.

Von

Dr. Paul Zimmermann,
Herzoglichem Archivar.



Wolfenbüttel,
Druck und Verlag von Julius Zwiffler.

1885.

7.03 (43.1) Braunschweig
728.81

Handbuch der

in Braunschweig


von

Dr. Paul Zimmermann

Braunschweig



Am 153



Vorwort.

Dieses Schriftchen erscheint, nicht obgleich sondern weil der Streit um das Schicksal der Burg Dankwarderode bereits so viele Federn in Bewegung gesetzt hat. Denn die übergroße Menge der von Berufenen und Unberufenen in Zeitungen und Zeitschriften ausgestreuten Kundgebungen und die zahlreichen Verhandlungen, welche der Gegenstand in Versammlungen und Vereinen hervorgerufen hat, können Jedem, der all diesen Äußerungen nicht mit gespannter Aufmerksamkeit gefolgt ist, nur verwirrt, die öffentliche Meinung nur getrübt haben. Auf den nachfolgenden Blättern soll der Versuch gemacht werden, durch eine ruhige und sachgemäße Schilderung des im Ganzen recht unerfreulichen Verlaufes dieser Angelegenheit die vorhandenen Vorurtheile zu heben, fernerstehenden ein richtiges Verständniß für die leicht unerklärlich erscheinenden Ereignisse zu vermitteln und so womöglich zu einer allseits befriedigenden Lösung der Frage ein Scherflein beizutragen.

Der nachdenkliche Leser wird dann vielleicht noch ein Stück weiter hinausblicken. Er wird erwägen, daß eine falsche Entscheidung, wie sie heute in Braunschweig nicht ganz außer aller Möglichkeit liegt, morgen hier, übermorgen dort im deutschen Vaterlande sich wiederholen kann. Er wird erkennen, wie unsicher es in Deutschland trotz des viel gerühmten geschichtlichen Sinnes unserer Zeit um die Erhaltung der heimischen Kunst- und Geschichtsdenkmäler bestellt ist. Nicht ohne Neid wird er auf andere Länder, auf Oesterreich, Frankreich, Belgien, Holland und Schweden blicken, wo staatliche Commissionen mit theilweise sehr weitgehenden gesetzlichen Befugnissen über solche nationale Schätze zu wachen haben. Unwillkürlich wird sich ihm der Wunsch aufdrängen: möchten doch Vorkommnisse, wie die, welche im Nachfolgenden zu berichten sein werden, auch in Deutschland bald zu den Unmöglichkeiten gehören!

Wolfenbüttel, den 12. October 1885.

Inhalt.

Rückblick auf die Geschichte der Burg	S. 1.
Die Burg und die städtischen Behörden (1873—1880) . .	S. 15.
Aufdeckung der Ostfaçade der Burg und Untersuchung des Burggebiets	S. 23.
Die Burgfrage vor dem Landtage und den Stadtverordneten (1880—Febr. 1883)	S. 36.
Denkschrift des Architekten- und Ingenieur-Vereins; Stel- lung des Bürgervereins	S. 49.
Die Burgfrage nochmals vor den Stadtverordneten und dem Landtage	S. 53.
Schlußfolgerungen	S. 60.



Rückblick auf die Geschichte der Burg.



UNTER den späteren fünf Weichbilde, welche allmählich als Stadt Braunschweig zu einem einheitlichen Gemeinwesen zusammenwuchsen, erhob sich auf einer mäßigen Uferhöhe der Ort der Stammsitz der Brunonen, eines der angesehensten altfächsischen Grafengeschlechter. Die früheste Geschichte dieser Familie verliert sich im Dunkel der Vorzeit; auf keinen Geringeren als auf den Sachsenherzog Wittekind leitet man ihre Abstammung zurück. Eins ihrer Glieder mit Namen Dankward wird zuerst hier dem Walde durch Rodung eine Wohnstätte abgerungen haben; im 11. Jahrhundert, 1067, wird 'Dankwarderode' zum ersten Mal genannt. Ohne Zweifel war es damals ein großer Herrenhof, neben welchem schon früh eine Kirche entstand. Die Letzte der Brunonen, Gräfin Gertrud, welche dem Grafen Heinrich von Nordheim die Hand reichte, vererbte ihrer einzigen Tochter Richenza, der Gemahlin des nachmaligen Kaisers Lothar

von Süpplingenburg, mit ihren übrigen Stammgütern auch die Burg Dankwarderode. Hier fanden Lothar dann 1125 nach einer Nachricht der Kaiserchronik die Abgesandten der deutschen Fürsten, welche ihm die Königskrone anboten, und auch nach seiner Wahl hat derselbe häufig an dieser Stätte geweiht*.

* Vgl. über die Burg Dankwarderode: L. Winter, Die Burg Dankwarderode zu Braunschweig. Ergebnisse der im Auftrage des Stadtmagistrats angestellten baugeschichtlichen Untersuchungen. Mit 83 in den Text eingedruckten Abbildungen und 20 Lichtdruck-Tafeln. Braunschweig 1883. Dieses Werk beruht auf gründlichen geschichtlichen Studien und sorgfältigen Untersuchungen der gesamten Baulichkeiten und Baureste des Burggebiets; das so gewonnene, umfangreiche, mit besonnener Kritik gesichtete Material, dessen Nachweis zahlreiche Anmerkungen liefern, ist zu einer geschickten Darstellung sämtlicher Baupochen der Burg verwandt worden. Die Anschaulichkeit derselben wird noch durch eine Reihe prachtvoller Zeichnungen wesentlich erhöht. Wem irgend daran gelegen ist, sich über Dankwarderode näher zu unterrichten, der findet hier allen gewünschten Aufschluß. In der Hauptsache beruht auch der nachfolgende kurze Überblick auf den Ergebnissen der Winterschen Arbeit. Wo ich glaubte davon abweichen zu müssen, habe ich meine Gründe in den Anmerkungen kurz dargelegt. — Vgl. außerdem: L. C. Bethmann, Die Gründung Braunschweigs und der Dom Heinrichs des Löwen. Westermanns Monatshefte, Aug. 1861, S. 525 ff. — O. v. Heinemann die Burg Dankwarderode, Vortrag gehalten in der Versammlung des Architekten- u. Ingenieurvereins. Braunschweig 1880. — Denkschrift des Architekten- und Ingenieur-Vereins für das Herzogthum Braunschweig über die Nothwendigkeit der Erhaltung der Burg Dankwarderode, Braunschweig 1883.

Durch Lothars einzige Tochter Gertrud, welche Heinrich der Stolze, Herzog von Baiern und Sachsen, heimführte, gelangten die gesammten Brunonischen, Nordheimischen und Süpplingenburgischen Güter und mit ihnen wiederum die Burg Dankwarderode in den Besitz der Welfen. Braunschweig wurde der Mittelpunkt ihrer ausgedehnten Herrschaft.

Hier auf der Burg verlebte nach dem frühen Tode Heinrichs des Stolzen dessen einziger Sohn, Heinrich der Löwe, seine Jugendjahre, und durch ihn sollte diese Stelle sich bald zu hohem Glanze und ungeahnter Bedeutung erheben. Dem mächtigsten Fürsten des Reichs, der an Macht und Ansehen kaum hinter dem Kaiser zurückstand, genügte die bescheidene Burg seiner mütterlichen Ahnen nicht länger. Von Grund aus baute er die Burg dergestalt um, daß sie sich der kaiserlichen Pfalz zu Goslar nicht unwürdig an die Seite stellen konnte. Wann dies geschah, läßt sich mit Sicherheit nicht nachweisen; gut beglaubigt ist nur die Errichtung des Löwenstandbildes im Jahre 1166. Doch läßt sich aus verschiedenen Umständen mit einiger Wahrscheinlichkeit schließen, daß auch jene Neubauten mit Ausnahme des Doms, dessen Bau Heinrich erst nach seiner Kreuzfahrt im Jahre 1173 in Angriff nahm, etwa um die nemliche Zeit stattgefunden haben.

Wie in allen mittelalterlichen Palaстанlagen war der Haupttheil auch hier der sogenannte Palas, ein zweistöckiger

Saalbau. Das Untergeschoß war der Länge nach von einer Arkadenreihe durchzogen, die den ganzen Raum in zwei gleiche Theile schied und aus zehn mächtigen, mit Quaderbogen überwölbten Pfeilern mit zierlichen Ecksäulchen bestand. Auf ihnen ruhte die Balkendecke, welche das obere Geschoß trug. Dieses bildete einen einzigen großen Raum, zu welchem an der Westseite von außen eine große Freitreppe hinaufführte. Er hatte eine Breite von 13, 25 und eine Länge von etwa 40 Metern und war der Mittelpunkt des gesammten Lebens der Burgherrschaft. Nicht nur öffentliche Handlungen fanden hier statt, sondern auch die alltäglichen Zusammenkünfte, die Mahlzeiten u. dgl., weswegen denn dieser Raum nicht nur 'curia, palatium' sondern auch 'moshus' genannt wurde, eine Bezeichnung, die, in der Folge zu 'Mosthaus' verderbt, die gewöhnliche wurde. Das Erdgeschoß des Saalbaues, in welches ebenfalls von Westen zwei große Eingänge führten, diente zum Aufenthalt des Gesindes. Es entspricht diese Anlage genau der Schilderung, welche das Nibelungenlied bei Gelegenheit der Erzählung von den Kämpfen an König Etzels Hofe von solch mittelalterlicher Burganlage liefert.

Nach Osten bildete der Saalbau zugleich einen Theil der Befestigung der Burg, indem er hier unmittelbar aus der Oker emporstieg, von welcher ein Graben rings um die Wälle, Mauern und Thürme des Burggebiets abgeleitet war. Im

Süden schlossen sich dem Palas die Kemenaten, die eigentlichen Wohnräume, an; diesen im Westen die Burgkapelle, eine jener eigenthümlichen zweistöckigen Doppelpapellen, die durch eine weite Öffnung in der Decke des untern, dem Boden des obern Geschosses, mit einander in Verbindung standen. Jenes war der heiligen Gertrud, dieses dem heiligen Georg geweiht. Südlich stieß an die Kemenaten der Dom, auf dessen hohen Chor von den Wohnräumen aus eine Gallerie durch eine in der Wand des nördlichen Kreuzflügels noch heute sichtbare kleine Thür führte. Vor die Südseite des Doms legten sich der Kreuzgang und die umfangreichen Stiftsgebäude. Den Westen und Norden des Burggebiets nahmen Wohnungen der Burgmannen, Gerichtsgebäude u. s. w. ein. Der Haupteingang zur Burg lag im Westen gerade dem Saalbau gegenüber. In der Mitte des Burgplatzes stand, nach Osten gekehrt, auf steinernem Postament der eiserne Löwe, welchen Heinrich als trotziges Wahrzeichen seines Kraftbewußtseins 1166 hatte aufstellen lassen, als ringsum seine zahlreichen Widersacher die Waffen gegen ihn erhoben.

So etwa stellte sich der Fürstensitz des großen Sachsenherzogs dar — ein stolzer, stattlicher Bau, würdig der Höhe seiner Macht. Er wurde der Schauplatz vieler der bedeutungsvollen Thaten, welche das Leben dieses Fürsten erfüllten. Hier versammelte er die Großen seines Reichs, empfing er die Gesandten des griechischen Kaisers, feierte er seine Hei-

rath mit Mathilde, der Tochter König Heinrichs II von England; hierher wurde der gefangene Slavenfürst Wertislaw in sichern Gewahrsam gebracht. Von hier ist Heinrich zur Erfüllung seiner größten historischen Mission hinausgezogen, zu jener Colonisation des Wendenlandes, die weite Strecken im Norden und Osten unseres Vaterlandes deutschem Wesen und deutscher Gesittung gewinnen sollte. Von hier aus betrieb er die Gründung und Hebung zahlreicher Städte, deren Aufblühen im deutschen Norden nicht zum Wenigsten seiner thätigen Fürsorge zu danken ist. Hier fanden die Wissenschaften und Künste eine verständnißvolle Pflege; die hier entstandenen Dichterwerke behaupten einen namhaften Platz in der Geschichte unserer Nationallitteratur. Hier hat dann auch der alte Löwe am 6. August 1195 sein thatenreiches Leben beschloffen; in der Mitte des Domes, den er selbst sich zur Grabeskirche errichtet, ist er beigesetzt worden.

Bei Theilung der Welfenlande unter Heinrichs Söhne im Jahre 1202 fiel die Stadt Braunschweig König Otto IV zu. Auch dieser hat mit Vorliebe auf der Burg Dankwarderode gewohnt. Glänzende Tage brachen für diese heran, als hier mit königlicher Pracht 1209 das Pfingstfest, 1212 die Hochzeit Ottos mit der Hohenstaufentochter Beatrix gefeiert wurde, eine Heirath, welche den langjährigen Zwist der beiden Herrschergeschlechter endlich auf immer zu beseitigen schien.

Nach Ottos Tode nahm sein Bruder, Pfalzgraf Heinrich,

die Burg in Besitz; auch er fand in Braunschweig den hauptsächlichsten Stützpunkt seiner Macht. Begreiflich daher, daß die Kämpfe, in denen sein Nefte, Herzog Otto das Kind, um das erledigte Erbe zu ringen hatte, in erster Linie dieser Stätte galten. Und als er seine Widersacher überwunden, mit dem Kaiser sich ausgesöhnt und von diesem 1235 auf dem Reichtage zu Mainz seine zu Lehen aufgetragenen allodialen Güter als selbständiges Herzogthum zurückempfangen hatte, hielt dieser Erste in der langen Reihe von Herzögen zu Braunschweig und Lüneburg zumeist auf der Burg Dankwarderode seinen Hof. Hier verlieh er u. A. den Bürgern von Braunschweig ihr Stadtrecht, die Grundlage des von dieser Zeit an rasch emporblühenden Gemeinwesens. Nochmals wurde hier auch eine königliche Hochzeit gefeiert, als Ottos Tochter Elisabeth am 25. Januar 1252 dem Könige Wilhelm von Holland die Hand reichte. Für das Gebäude selbst wurde dieses Fest leider verhängnißvoll, da in der Nacht des Beilagers ein Feuer ausbrach und mit solcher Heftigkeit um sich griff, daß die Neuvermählten nur mit genauer Noth demselben entrannen. Der Schaden scheint jedoch schnell wieder hergestellt zu sein, da schon zwei Jahre später (1254) Ottos ältester Sohn, Albrecht der Große, feierlich in Braunschweig den Ritterschlag empfing.

Albrecht war dann auf längere Zeit hin der letzte Herzog, welcher dauernd seinen Aufenthalt in Braunschweig genom-

men hat. Nach seinem Tode (1279) brachen für die Burg stille, glanzlose Tage an. Zwar blieb sie immer noch der Mittelpunkt der gesammten welfischen Lande. Denn wie oft sich auch das welfische Haus in verschiedene Linien gespaltet und nach der verderblichen Gewohnheit jener Zeit seine Länder in immer kleinere Gebiete getheilt hat, so wurden doch die Stadt Braunschweig, die Burg, die Lehen der geistlichen Stifter daselbst Jahrhunderte lang ununterbrochen als gemeinsamer Besitz des Gesammthausen erhalten. Aber diese ideelle Bedeutung der Burg, welche gleichsam die dauernde Gewähr der Zusammengehörigkeit der mitunter sehr uneinigen Herrscherfamilie war, hatte für sie selbst keineswegs günstige Folgen. Da alle Zweige des Fürstenhauses nur ein gemeinsames Recht an derselben hatten, so war jeder Herrscher bei allen, die Stammburg betreffenden Verfügungen an die Zustimmung der anderen Geschlechtsgenossen gebunden; keiner konnte sich in ihr auf eigenem Gebiete, als selbständiger Herr fühlen. So hat sich denn auch bis ins 17. Jahrhundert keine Linie des Welfenhauses für längere Zeit in Braunschweig wieder festsetzen können. Nur ab und zu haben Herzöge dieses oder jenes Zweiges auf der Burg ihrer Väter gewohnt; zwar nicht ganz selten, aber doch nicht häufig und niemals lange genug, um durch ihre Anwesenheit den Selbstständigkeitsgelüsten der zu Reichthum und Macht gelangten Stadt Braunschweig irgendwie erheblich entgegen zu wirken. Und die seit-

dem höher und höher gesteigerte Spannung zwischen den Herzögen und der Stadt trug wieder nicht wenig dazu bei, daß je länger je mehr die Burg Dankwarderode verödete.

Hinzu kam, daß ein abermaliger Brand, muthmaßlich in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts, das Gebäude in den übelsten Zustand versetzte. Wir erfahren davon, als Herzog Julius 1569 die Huldigung der Stadt Braunschweig entgegennahm. Offenbar bot damals der alte Palast einen sehr traurigen Anblick; die Westwand drohte mit Einsturz. Und einige Jahre später richtete der Rath an die fürstliche Kanzlei ein Schreiben, in welchem auch über den geradezu gefährlichen Zustand der Ostseite Beschwerde geführt wurde*.

Herzog Julius hegte den Plan, das Hauptgebäude, den alten Saalbau, würdig wieder herzustellen. Natürlich würde dies ein Umbau im Geschmacke seiner Zeit geworden sein, wie er sich denn auch mit der Absicht trug, Chor und Krypte des Domes durch ein kolossales Mausoleum im Renaissancestil von fremden Baumeistern zerstören zu lassen**. Diesem letzteren Plane widersetzte sich das Stiftskapitel von St. Blasien; den Umbau des Palas hingegen war es nach Kräften bereit zu unterstützen. Trotz des unhistorischen Sinnes der Zeit waren bei

* Nach diesem Schreiben vom 4. März 1581 gefährdete die wankende Wand nach dem Wasser zu die Burgmühle und andere Gebäude. Bekanntlich steht diese Wand noch heutigen Tages.

** Vgl. Bethmann a. a. O. S. 558.

ihm wohl noch die großen Erinnerungen lebendig, welche sich an diese alten Mauern knüpften. Denn, so schreibt es im Jahre 1572, 'wir nichts Lieberes sehen, auch dem löblichen Stamme Braunschweig von Herzen gönnten, daß das fürstliche urväterliche Moshaus zu einer fürstlichen Wohnung wiederum ehrlich gebauet und angerichtet wäre, wie wir aus göttlicher Verleihung gänzlich hoffen'*. .

Politische Erwägungen scheinen vor Allem die Ausführung des Planes vereitelt zu haben. Denn in der Befürchtung, daß Herzog Julius sich in der Burg festsetzen und auf Grund seiner alleinigen Verfügungen und Leistungen weitergehende Rechte in Anspruch nehmen könnte, forderten die anderen Linien des Welfenhauses, sich an jenen Bauten zu betheiligen**.

Herzog Julius aber, der in der That seinen Territorialbesitz möglichst zu festigen und abzurunden suchte und gar zu

* Nach dem Originale im herzoglichen Landeshauptarchive zu Wolfenbüttel.

** Ich weiche hier von Winter, v. Heinemann u. A. ab, welche auf Rehtmeiers Chronik S. 1066 gestützt den Grund für das Unterbleiben des Baues darin suchen, daß die anderen Linien sich nicht an ihm betheiligen wollten. Doch sagt ein Zeitgenosse des Herzogs, Franz Algermann (S. 231), das gerade Gegentheil und zwar in sämtlichen Handschriften, die ich eingesehen habe. Rehtmeiers Angabe wird daher wohl auf einem Irrthume beruhen. Jener Quelle folge ich auch da, wo die folgenden Angaben von denen meiner Vorgänger abweichen oder dieselben ergänzen.

gern auch die Stadt Braunschweig demselben einverleibt hätte, scheint nicht geneigt gewesen zu sein, seinen Vettern dieses Zugeständniß zu machen. Auch die Stadt Braunschweig wird, so viel an ihr war, diesem Plane entgegengewirkt haben, da ihr, wie des Herzogs zeitgenössischer Biograph, Franz Allgermann, sagt, alles daran lag, daß 'der Habicht von der Hecke käme'. So blieb denn in der Burg Dankwarderode vorläufig Alles beim Alten. Zum Glück, darf man jetzt wohl sagen. Denn allem Anscheine nach wollte Julius an Stelle des alten ein ganz neues Gebäude setzen, mit zwei Gallerien geziert, deren reiche Bildhauerarbeit die ganze Geschichte des fürstlichen Hauses zur Darstellung bringen sollte.

Sein Sohn, Herzog Heinrich Julius, welcher mit der Stadt Braunschweig beständig in bitterster Feindschaft lebte, konnte nicht daran denken, dies Werk zu fördern. Und kaum hatte sein Enkel, Herzog Friedrich Ulrich, wirklich wieder einen Anfang damit gemacht, so zwangen ihn die Nothe des beginnenden großen Krieges, diese Herstellungsbauten in den bescheidensten Grenzen zu halten und demnächst gänzlich darauf zu verzichten. Auch Friedrich Ulrichs Nachfolger, Herzog August, der 1634 zur Regierung gelangte, hatte alle Ursach' zu sparen. Im Vergleich mit den Plänen des Herzogs Julius und mit den Bauten, die Heinrich Julius in seinem Kunstsinne wirklich ausgeführt hat, stellt sich so der Renaissancebau, in den Herzog August das alte romanische Moshaus

umwandeln ließ, als ein sehr einfaches und anspruchloses Werk dar. Wir verdanken diesem Hergange die Erhaltung der werthvollen romanischen Reste des Palas Heinrichs des Löwen.

Wie schon Herzog Friedrich Ulrich seine Festung Wolfenbüttel einer kaiserlichen Besatzung hatte räumen und in Braunschweig seinen Wohnsitz aufschlagen müssen, so hat auch Herzog August, der Stammvater des jüngst erloschenen älteren Hauses Braunschweig, die ersten Jahre seiner Regierung in Braunschweig zugebracht. Von hier hat er sein schwieriges Lebenswerk, die Hebung seines wirthschaftlich, geistig und sittlich tief heruntergekommenen Landes mit seltenem Geschick und bestem Glücke begonnen. In den Räumen der Burg hat, wie es scheint, auch seine Lieblingschöpfung ihr erstes Unterkommen gefunden, die Bibliothek, welche bald darauf der Stadt Wolfenbüttel einen Weltruf verschaffen sollte. Unter den hohen Gästen, die zu jener Zeit auf der Burg abstiegen, wird 1643 auch der große Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg genannt.

Nachdem in diesem Jahre die Kaiserlichen Wolfenbüttel geräumt hatten, und dann Herzog August dahin übergesiedelt war, diente das Mosthaus, wie man den Bau nunmehr nannte, den Herzögen zunächst wieder nur zeitweilig zum Aufenthalte. Insbesondere hat Augusts Sohn, der geistreiche und prachtliebende Herzog Anton Ulrich, so oft er in der

Stadt Braunschweig weilte, an dieser Stätte gewohnt. Öfter wurde das Gebäude dann einer Wittwe oder einem Prinzen des herzoglichen Hauses eingeräumt. So vor ihrem Regierungsantritte den Herzögen Ludwig Rudolf und Ferdinand Albrecht II, später der Wittwe des Letzteren, der Herzogin Antoinette Amalie, welche hier am 6. März 1762 verstorben ist. Am 1. August 1713 erblickte in diesen Räumen Herzog Karl I das Licht der Welt. Einige Theile des Hauses wurden später von diesem Fürsten längere Zeit zur Unterbringung des s. g. 'Braunschweigischen Cabinets' verwandt, aus welchem später durch seine Vereinigung mit der Salzdahlumer Bildergallerie das herzogliche Museum erwuchs.

Um das Jahr 1700 unterwarf man das Mosthaus einem weiteren Umbau, der keineswegs zur Verschönerung desselben beitrug: auf der Westseite wurde vor das obere Geschöß eine lange Gallerie gelegt, die auf hölzernen Pfeilern ruhte. Noch entstellender wirkte die folgende und letzte Umgestaltung des Bauwerks im Jahre 1763. Man riß den südlichen Theil desselben nieder und führte ihn im entartetsten Gopfstile wieder auf. Das Gebäude bestand nun aus zwei Hälften, die auf das Übelste zusammen paßten. Die Disharmonie dieses Anblicks vermochte auch der Abbruch der Gallerie und der Renaissancegiebel auf der Westseite nicht zu verwischen.

Der nun südliche Theil des Gebäudes hieß fortan der 'Ferdinandsbau'. Denn in ihm hat, abwechselnd mit seinem Land-

sitze zu Vechelde, Herzog Ferdinand, der ruhmreiche Feldherr des siebenjährigen Krieges, die letzten Jahrzehnte seines Lebens zugebracht. Dann hat noch Herzog Karl Wilhelm Ferdinands zweiter Sohn, Prinz Georg Wilhelm, hier gewohnt. Seitdem aber hat es nie wieder einem Fürsten Obdach geboten.

Bald folgte die Zeit seiner tiefsten Herabwürdigung. Während der Westfälischen Fremdherrschaft wurde der einst so stolze Palast zu einer Kaserne umgewandelt, und diesem oder ähnlichen Zwecken hat der Bau, nun 'Burgkaserne' genannt, bis in die neueste Zeit hinein dienen müssen. Als im Jahre 1867 alle militärischen Baulichkeiten in preußische Verwaltung übergingen, wurde auch die Burgkaserne der Militärverwaltung abgetreten; durch Reichsgesetz vom 25. Mai 1873 (Nr. 927) ging sie als ein zu militärischen Zwecken benutztes Gebäude in das Eigenthum des Reichs über. Die Frage, ob das betreffende Grundstück wirklich Staatseigenthum oder nicht vielmehr Zubehör des herzoglichen Kammergutes sei, scheint man damals nicht erörtert zu haben.





Die Burg und die städtischen Behörden

(1873—1880).



Am 20. Juli 1873 vernichtete ein Brand den südlichen Theil des Gebäudes, den s. g. Ferdinandsbau, derartig, daß auch die Umfassungsmauern abgetragen werden mußten. Die Militärverwaltung beschloß dann, den niedergelegten Theil nicht wieder aufzubauen, sondern das Grundstück, welches die Stadt Braunschweig für ihre Zwecke zu erwerben wünschte, ganz aufzugeben. Am 22. Mai 1878, nachdem für die bisher hier untergebrachten Militäranstalten andere Baulichkeiten hergerichtet waren, kam zwischen dem Militärfiscus und der Stadtverwaltung ein Vertrag zu Stande, kraft dessen der letzteren das ganze Grundstück für 105 000 Mark überlassen wurde. Zu dieser Summe leistete die herzogliche Landesregierung einen Zuschuß von 30 000 Mark unter der Bedingung, daß die Stadt Braunschweig über den Erwerb nicht ohne Zustimmung des Staatsministeriums verfügen dürfe.

Im folgenden Jahre ging dann das Gebäude wirklich in den Besitz der Stadt Braunschweig über.

Die Stadtverwaltung hatte das Bauwerk in der ausgesprochenen Absicht gekauft, es niederzureißen und den gewonnenen Raum zu einer im Interesse des zunehmenden Verkehrs geplanten Straßenveränderung zu benutzen. Zwar hatten bereits Dr. K. Schiller (Mittelalterliche Architektur Braunschweigs S. 61) und Andere darauf hingewiesen, daß in den alten Mauern Überreste der Burg Heinrichs des Löwen enthalten seien; und noch unterm 18. Dec. 1875 hatte sich der Museumsdirector Dr. Riegel in einem Berichte an hiesiges Staatsministerium sowohl im künstlerischen wie geschichtlichen Interesse warm für die Erhaltung des Gebäudes ausgesprochen. Nachdem aber diese Eingabe ohne Erfolg geblieben war, erhob sich zur Unterstützung derselben nirgend mehr eine Stimme. Der Untergang des ehrwürdigen Bauwerks schien unabwendbar.

Da forderte Dr. Riegel gleichsam in letzter Stunde, gegen Ende des Jahrs 1879, den in Wolfenbüttel sesshaften Vorstand des Ortsvereins für Geschichte und Alterthumskunde auf, für jenes Anliegen einzutreten, und hier fand sein Vorschlag in zwei zu reiflicher Erörterung der Frage in Wolfenbüttel abgehaltenen Versammlungen großen Anklang. Nachdem dann bei den städtischen Behörden Erkundigung über die Sachlage eingezo-gen und das Gebäude besichtigt worden

war, richtete der Verein unterm 2. Februar 1880 eine Eingabe an den Stadtmagistrat zu Braunschweig, in welcher unter Hinweis auf die hohe Bedeutung des Gebäudes die Bitte ausgesprochen wurde, 'geneigtest eine erneute Prüfung der Angelegenheit veranlassen, einstweilen aber von der Zerstörung der s. g. Burgfaserne Abstand nehmen zu wollen'.

An der Beschlussfassung über dieses Schreiben, das auch dem herzogl. Staatsministerium, dem Architekten- und Ingenieurverein sowie dem Kunstklub zu Braunschweig in Abschrift mitgetheilt wurde, theiligten sich u. A. der Oberbibliothekar Dr. W. v. Heinemann und der Vorstand des herzogl. Landeshauptarchivs, Consistorialrath von Schmidt-Philstedt in Wolfenbüttel, der Museumsdirector Dr. Riegel, Baurath Wiehe und Stadtarchivar Hänselmann in Braunschweig, Geschichtsforscher, Kunstkenner und Architekten also, die im Herzogthume Braunschweig unbestritten als die berufenen Fachleute gelten und auch weit über dessen Grenzen hinaus sich eines wohlverdienten Ansehens erfreuen.

Da es im Lande kein Organ giebt, das, wie dies in vielen anderen Ländern der Fall ist, von Amts wegen über das Schicksal der vaterländischen Denkmäler zu wachen hätte, war es diesen Männern gewiß nicht zu verargen, wenn sie aus eigenem Antriebe für jenes ehrwürdige Gebäude an maßgebender Stelle eintraten. Andererseits läßt sich freilich auch nicht verkennen, daß den städtischen Behörden dieser Antrag

recht ungelegen kommen mußte. Die neuen Straßenzüge, zu deren Behuf die Burgkaserne fallen sollte, waren bereits geplant; vom Standpunkte der Verwaltung konnte es nur als eine unliebsame Einmischung empfunden werden, wenn jetzt gegen diese Entwürfe ein rein ideales Interesse geltend gemacht wurde. Da man diesem aber eine Berechtigung doch nicht wohl völlig absprechen konnte, so galt es das für und Wider der Entscheidung auf beiden Seiten gerecht gegen einander abzuwägen. Wiegt der Gewinn einer Verkehrserleichterung den Verlust jener historisch denkwürdigen, baugeschichtlich werthvollen Überreste auf? Lassen sich nicht vielleicht beide Zwecke mit erschwinglichen Kosten erreichen? — das war die Frage.

Auf diesen Standpunkt stellte sich der Stadtbaumeister Winter in seinem dem Stadtmagistrate erstatteten Berichte vom 7. Febr. 1880. Er führte die praktischen Vortheile aus, welche der Abbruch des Gebäudes mit sich bringen konnte; andererseits hielt er aber 'die Nachtheile, welche aus der Beibehaltung der Burgkaserne für den Verkehr sich ergeben würden, nicht für so erheblich, daß sie allein für die vollständige Niederlegung des fraglichen Gebäudes bestimmend sein könnten'. Ferner machte er geltend, daß die ursprüngliche Form des ehemaligen Burgplatzes bei Belassung der Burgkaserne besser gewahrt bleiben, freilich das Gebäude zum neuen Straßenzuge in eine schiefwinklige Lage kommen werde. Nachdem

Winter endlich auch die historischen Momente in Betracht gezogen, welche für Erhaltung des Gebäudes sprechen, kam er zu dem Schlusse, daß zunächst wenigstens wünschenswerth wäre, durch Untersuchung festzustellen, welche Theile des Baues wirklich noch aus der Zeit Heinrichs des Löwen herühren. Bis auf Weiteres schien Winters persönliche Meinung allerdings dahin zu neigen, daß aus jener frühen Zeit nur die Arkadenreihe übrig, und in Anbetracht der durchgängig sehr merkwürdigen Bauartigkeit des Gebäudes glaubte er eine Wiederherstellung desselben, falls nicht ganz bedeutende Geldmittel dazu vorhanden sein sollten, nicht anrathen zu können. Die Erhaltung der Arkadenreihe hingegen erschien ihm 'nicht nur thunlich, sondern auch in Würdigung ihres historischen Interesses durchaus wünschenswerth'.

Der Stadtmagistrat glaubte sich diesen Erwägungen nicht anschließen zu können, vielmehr bei seinem 'Antrage auf Abbruch des fraglichen Gebäudes beharren zu müssen'.

Am 26. Februar kam dieser Antrag in der Versammlung der Stadtverordneten zur Verhandlung. Leider hielt sich der Berichterstatter der Statutencommission, welcher diese Angelegenheit überwiesen war, Stadtverordneter Dr. Grote nicht auf der Höhe unparteiischer Beurtheilung, welche wir den Stadtbaumeister einnehmen sahen. Fühlte er sich in seinem Bürgerstolze beleidigt, daß aus Kreisen außerhalb der städtischen Vertretung, ja von Einwohnern des Nachbarstädtchens

Wolfenbüttel, in eine Frage eingeredet war, die zunächst ja allerdings eine stadtbraunschweigische war, oder fand er sonst ein besonderes Härchen in der Sache — genug, ganz unverkennbar zeigte er das Bestreben jene Eingabe lächerlich zu machen, indem er sie durch pathetischen Vortrag zu perßigieren suchte, womit ihm denn wenigstens auch glücklich gelang, die Heiterkeit eines Theiles der Versammlung zu erregen. Hinterher freilich ließ er sich keineswegs als ein grundsätzlicher Feind des Gebäudes finden. Denn als andere Herren, insbesondere die Stadtverordneten Nieß und Dr. Steinacker, eifrig für die historische Bedeutung der Überreste eintraten und wenigstens den Versuch forderten, die Arkadenreihe zu erhalten, stimmte diesen Vorschlägen auch er zu. Allerdings verhehlte man sich nicht, daß es seine Schwierigkeit haben würde, die durch Brand zu wiederholten Malen beschädigten Pfeiler ohne schützende Überbauung gegen den zerstörenden Einfluß von Wind und Wetter auf die Länge zu erhalten, und berief sich dabei auf die Ansicht des Stadtbaumeisters Winter, der 'wiederholt versichert habe', die Arkaden würden, ohne Schutz gelassen, 'keine zehn Jahre stehen'. Weitergehende Wünsche verlauteten nicht; auch der Vorschlag des Stadtbaumeisters, ihn zu einer gründlichen Untersuchung des Gebäudes zu bevollmächtigen, fand keinen Beifall. Immerhin jedoch war es unter den obwaltenden Umständen ein einigermaßen befriedigendes Ergebnis, daß der Antrag, die Erhaltung der Arkaden

den als des, wie man glaubte, alleinigen Überrestes der Burg Heinrichs des Löwen wenigstens zu versuchen, nahezu einstimmige Annahme fand, und von dem Vorsitzenden der Statutencommission, dem damaligen Landsyndicus Otto, ausdrücklich befürwortet wurde, daß man die Abbruchsarbeiten mit aller Sorgfalt werde ausführen lassen, damit nichts, was etwa geschichtlich und architektonisch Merkwürdiges in den alten Mauern noch geborgen sein könnte, ohne zu sicherer Kunde für die Nachwelt sorgfältig festgestellt zu sein, der Vernichtung anheimfalle. In diesem Sinne hatte Stadtbaurath Winter bereits bei Niederlegung des sog. Ferdinandsbaues Sorge getragen, daß alle baugeschichtlich werthvollen Fundstücke dem städtischen Museum überwiesen wurden. Von einem sofortigen Abbruche des Gebäudes wurde Abstand genommen; vielmehr beschloß man, dasselbe bis zur Vollendung des neuen Feuerwehrgebäudes zum Schutze des provisorischen Schlauchthurms am Ruhfäutchenplatze gegen die Westwinde stehen zu lassen und zur vorläufigen Unterbringung der Feuerwehrwache zu benutzen.

Diesen Verhandlungen, welche natürlich in den Kreisen der Kunst- und Alterthumsfreunde etwas niederschlagend wirkten, folgte noch ein kleines Nachspiel. Das herausfordernde Auftreten des Commissionsreferenten, das auch sonst in der Presse eine scharfe Beurtheilung erfuhr, veranlaßte den Vorsitzenden des genannten Geschichtsvereins, Dr. v. Hei-

nemann, zu einer Erwiderung, in welcher er gegen solche Behandlung der Sache entschiedene Verwahrung einlegte und die dabei untergelaufenen unzutreffenden Voraussetzungen berichtigte*. Es entspann sich daraus eine Polemik zwischen den Freunden und Gegnern der Burg, die von beiden Seiten nicht ohne Gereiztheit geführt wurde und der Sache selbst sich keineswegs förderlich erweisen sollte. Diese Stimmungen muß man im Auge behalten, um die nachfolgenden Vorgänge richtig beurtheilen zu können.

* Charakteristisch war in dieser Frage die Stellung des Braunschweiger Tageblatts. Alle Auslassungen des Referenten gegen den Verein und dessen Eingabe hatte es ausführlich gebracht, die Eingabe selbst aber nicht abgedruckt. Die Erwiderung v. Heinemanns, welche die anerkannt tactvoll und vorsichtig redigierten officiellen Braunschweigischen Anzeigen anstandslos aufgenommen hatten, wies das Tageblatt zurück, da man sich über Angriffe, die in der Stadtverordnetenversammlung gegen außerhalb Stehende geschähen, zunächst vor dieser selbst zu vertheidigen habe. Erst wenn von dem Vorsitzenden dieser Versammlung eine Erwiderung zurückgewiesen sei, könne die Redaction dieselbe in ihrem Blatte zum Abdruck bringen. Andernfalls drohe Gefahr, daß 'die Redefreiheit in jener Versammlung durch einen Terrorismus nach Art der socialdemokratischen Hetze verkümmert werde' (Tagbl. 1880, Nr. 70). Auch in der Folge blieben mehr oder weniger die Braunschweigischen Anzeigen das Organ der Freunde der Burg, das Braunschw. Tageblatt das der Gegner. Die benachbarten Blätter, wie die Magdeburgische Zeitung, der Hannoversche Courier u. A. sind meines Wissens sämmtlich nur zu Gunsten der Burg eingetreten.

Aufdeckung der Ostfagade der Burg und Untersuchung des Burggebietes.

Während der Untergang dieses letzten geschlossenen Restes der Burg Heinrichs des Löwen jetzt unabwendbar schien, und man höchstens die Erhaltung der Arkaden noch glaubte erhoffen zu dürfen, trat plötzlich ein Zwischenfall ein, welcher mit einem Schlage die Sachlage vollständig änderte. Schon früher hatte Baurath Wiehe in einer Versammlung des Geschichtsvereins die Vermuthung geäußert, daß die etwa noch vorhandenen romanischen Bestandtheile in der starken Ostwand des Gebäudes geborgen sein müßten. Diese Ansicht sollte nunmehr ihre volle Bestätigung finden. Bei genauer Besichtigung der Ostwand des Obergeschosses in einem durch Witterungseinflüsse und Beleuchtung besonders günstigen Augenblicke entdeckten die herzoglichen Baumeister Pfeifer und Gittermann, daß unter dem Putze romanische Fensterbogen sich abhoben. In Gegenwart des über diese Entdeckung hocherfreuten Stadtbaumeisters Winter unterzogen sie darauf diese Stelle einer genauen Untersuchung. Und wirklich kamen nach Beseitigung des Putzes zunächst vermauerte Öffnungen und weiterhin eine vollständig erhaltene romanische Fenstergruppe zum Vorschein. Zwei zierliche Säulchen mit kunstvoll gearbeiteten Kapitälern und Basen theilten das Fenster in drei

Theile*. Das Ganze machte einen so festen und frischen Eindruck, als wenn es erst eben aus der Hand des Steinmehrs hervorgegangen wäre. Dieser Erfolg spornte zu weiterer Arbeit an, und bald hatte man die gesammte romanische Fensteranlage auf dieser Seite des Gebäudes aufgedeckt. fand sich auch kein zweites Fenster, das so gut erhalten war wie jenes erstentdeckte, war vielmehr die ganze Wand durch das Einbrechen späterer Thüren und Fenster mannigfach entstellt, so bestand doch kein Zweifel mehr, daß man hier einen merkwürdigen Bestandtheil des alten Saalbaues Heinrichs des Löwen vor sich hatte: eine Entdeckung, die von allen Kunst- und Alterthumsfreunden auch außerhalb Braunschweigs mit lauter Freude und lebhaftem Interesse begrüßt wurde und überall den Wunsch nach einer gründlichen Untersuchung des ganzen Gebäudes erregte. Selbstverständlich schien, daß die unter ganz anderen Voraussetzungen gefaßten Beschlüsse der städtischen Behörden nach diesem Zwischenfalle nicht ohne Weiteres mehr zur Ausführung kommen könnten; in vielen Kreisen glaubte man bereits eine würdige Herstellung des Gebäudes für gesichert halten zu dürfen. Der Stadt zwar muthete Niemand solche kostspielige Unternehmung zu; aber man sah es als eine Ehrenpflicht des ganzen Landes an, mit sei-

* Die Säulenschafte bestehen aus Kalksinter, welcher von einer römischen Wasserleitung am Rhein gewonnen ist. Das Gestein ist sonst in Niedersachsen nur in Hildesheim und in Helmstedt nachweisbar. Vgl. v. Strombeck in den Braunschw. Anz. 1881 Nr. 185 u. 268.

nen reicheren Mitteln für die Erhaltung der alten Stamm-
burg seines Fürstenhauses einzutreten.

In diesem Sinne entwickelte jetzt insbesondere der Architekten- und Ingenieurverein zu Braunschweig eine rege Thätigkeit. In einer am 16. März 1880 abgehaltenen Versammlung, an welcher auch der oben genannte Geschichtsverein sich theilnahmte und Dr. v. Heinemann den schon früher erwähnten Vortrag hielt, wurden u. A. folgende Anträge angenommen:

1. Der Architekten- und Ingenieurverein erklärt, daß die an der ursprünglichen Fassade des herzoglichen Stammschlusses Dankwarderode bereits aufgedeckten umfangreichen Architekturtheile so bedeutend sind, daß ihm eine Erhaltung des ehrwürdigen Gebäudes sowohl aus welt- wie kunstgeschichtlichen Gründen durchaus geboten erscheint.

2. Derselbe ladet den Verein für Geschichte u. sowie den Kunstklub in Braunschweig ein, nach einem gemeinschaftlich festzustellenden Plane alle erforderlich scheinenden Schritte zu thun, um einen der ältesten Profanbauten Deutschlands vor dem drohenden Untergange zu retten.

3. Derselbe wird an den Stadtmagistrat eine Eingabe richten, in welcher folgende Punkte hauptsächlich zu beantragen sind: a) das Gebäude vorläufig nicht ferner in irgendwelche Benutzung, namentlich nicht für die Feuerwehr, zu nehmen, sondern fürerst intact zu erhalten und in allen seinen

Theilen, sowie in seiner äußern Umgebung untersuchen zu lassen. — b) den Stadtmagistrat zugleich in Kenntniß zu setzen, daß der Verein beabsichtige, im Interesse der Sache eine Eingabe an das Herzogliche Staatsministerium wegen Zurück-
erwerbung der Burg zu richten.

Auch außerhalb des Landes erhoben sich jetzt zahlreiche Stimmen zu Gunsten dieser Anregung, und zwar aus Kreisen, deren Zuständigkeit nicht zu bestreiten war. Mit hoher Freude begrüßte den neuen Fund insbesondere Baurath Hase in Hannover; zu wiederholten Malen, in Wort und Schrift, ließ er sich angelegen sein, die Bedeutung desselben ins rechte Licht zu setzen und die daraus hervorgehende Verpflichtung nachdrücklich zu betonen. Ähnlich sogleich oder später Baurath Schulze, Leiter der Wiederherstellungsarbeiten des Kaiserhauses zu Goslar; Baurath Schuhster und Geh. Regierungsrath Dr. Launhardt in Hannover; Oberbaurath Prof. Adler, Professor v. Dehn-Rothfelfer, der inzwischen verstorbene Conservator der Kunstdenkmäler im Königreiche Preußen, Museumsdirector Dr. Bode in Berlin; Geh. Baurath Prof. Dr. H. v. Ritgen in Gießen, der Wiederhersteller der Wartburg; Dr. Essenwein, Director des germanischen Nationalmuseums in Nürnberg; Dombaumeister Fr. Schmidt in Wien und dessen Sohn Prof. H. Schmidt in München; Prof. Steche in Dresden u. A. Die berufene Vertretung der gesammten deutschen Architektenschaft, der Vorstand des Verbandes der

deutschen Architekten- und Ingenieurvereine, welcher der Zeit in Hannover seinen Sitz hatte, richtete unterm 3. Dec. 1882 eine Eingabe an den Braunschweigischen Landtag, in der auf die hohe architektonische Bedeutung der Burg hingewiesen und um Bewilligung der zu ihrer Wiederherstellung erforderlichen Geldmittel gebeten wurde. Natürlich nahmen jetzt auch die Fachzeitschriften sich der Angelegenheit mit Eifer an und nicht weniger beschäftigten sich damit die politischen Tagesblätter fast aller Orten*.

Dennoch hatte dies erhöhte Interesse auch seine Gegner und, was fernerstehenden auffällig erscheinen mag, zumeist in der Stadt Braunschweig. Hier herrschte darüber in gewissen Kreisen unverholener Ärger. Man hatte sich einmal in den Gedanken hineingelegt, die 'Burgkaserne' zu beseitigen; das Schlagwort von der nothwendigen Verkehrsader der Stadt u. s. w. übte seinen Einfluß; die Verstimmung, welche durch die an jene Verhandlungen der Stadtverordneten sich anknüpfende Polemik erregt war, wirkte weiter. Man suchte die Bedeutung der erhaltenen Baureste herabzusetzen; je mehr diese von auswärtigen Gelehrten und Architekten anerkannt wurde, desto abfälliger deren Würdigung in Braunschweig selbst. In der hiesigen Tagespresse kamen all diese Strömungen zu deutlichem Ausdruck. In den Braunschwei-

* Vgl. auch die kürzlich erschienene Geschichte der deutschen Kunst. Baukunst von Dohme (Berlin 1885) S. 114.

gischen Zeitungen, den Anzeigen und dem Tageblatte, entspann sich ein lebhafter Streit für und wider, bei dem sich die Art und Weise beider Parteien bemerkenswerth von einander unterschied. Während die Freunde sich offen mit Namen zu ihrer Sache bekannten, hüllten sich die Gegner vorsichtig in den Mantel der Anonymität. Man behauptete, daß dem dunklen Treiben dieser Letzteren gewisse Bauleute nicht fern gestanden haben. Mag dies wahr sein oder nicht — die That-
sache steht unzweifelhaft fest, daß kein Architekt den hohen Werth der romanischen Gebäudetheile und die Möglichkeit ihrer Erhaltung öffentlich geläugnet hat*.

Die durch jene Entdeckungen vollständig umgestaltete Sachlage erkannten auch die städtischen Behörden rückhaltlos an; sie machten dem Herzoglichen Staatsministerium Anzeige von dem Funde und nahmen von einer Benützung des Gebäudes durch die Feuerwehr ohne Weiteres Abstand.

Vor Allem kam es jetzt darauf an, eine gründliche Untersuchung des Gebäudes zu veranstalten und so eine sichere

* Nur eine Ausnahme ist mir bekannt geworden. Herr Architekt Tüll äußerte sich abweichend in der gemeinschaftlichen Sitzung des August- und Steinhordistricts-Vereins am 28. Mai 1880, und in der Stadtverordnetenversammlung vom 19. Februar 1883 sprach er sich gegen den Verkauf des Gebäudes an die Regierung aus, da dann 'der Stadt die Macht genommen werde, bei der Restauration mitzusprechen'; doch wünschte er die romanischen Bauthheile als Ruine erhalten zu sehen.

Grundlage zu gewinnen, ohne die alle Wiederherstellungspläne natürlich in der Luft schwebten. Mit dieser Arbeit beauftragte der Stadtmagistrat den Stadtbaumeister Winter, der seine Aufgabe dann in vorzüglichster Weise gelöst hat. Die Ergebnisse seiner umfassenden Untersuchungen sind inzwischen auf Kosten der Stadt in dem prachtvoll ausgestatteten Werke: 'Die Burg Dankwarderode zu Braunschweig' der Öffentlichkeit übergeben worden. Erst sie ermöglichen eine sichere Beantwortung der Fragen nach dem Ob und dem Wie einer Wiederherstellung des Saalbaues Heinrichs des Löwen.

Es steht nunmehr fest, daß als Überreste des alten romanischen Baues die volle Ostwand, die Nordwand in der ganzen Höhe des Erdgeschosses, sowie die unteren Schichten, an einigen Stellen auch größere Mauerkörper der Westwand in Anspruch zu nehmen sind. Da ferner auch von der Südseite die Grundmauern vorhanden, so läßt sich der Umfang des alten Saalbaues 'mit ziemlicher Sicherheit', wie Winter in seiner vorsichtigen Ausdrucksweise sagt, bestimmen. Alt ist ferner die Bogenstellung in der Längsachse des unteren Geschosses; sie ist nur etwas verkürzt und hat ursprünglich um mindestens einen Bogen weiter nach Süden gereicht. Ihre Bestimmung war, die Balkendecke des oberen Geschosses zu tragen; als einziges Beispiel dieser Bauanlage, welches, so viel man weiß, aus romanischer Zeit auf uns gekommen ist, beansprucht sie eine ganz besondere Wichtigkeit, weswegen

denn auch Baurath Schulze, der Wiederhersteller des Kaiserhauses zu Goslar, sein lebhaftes Bedauern darüber ausgesprochen hat, die Burg Dankwarderode nicht schon früher gekannt zu haben, da sie ihm bei Gestaltung des unteren Geschosses des Kaiserhauses von wesentlichem Nutzen hätte sein können. Daß das fehlende Stück dieser Arkaden nach Maßgabe der vorhandenen Pfeiler und Bogen leicht zu ergänzen sein würde, liegt auf der Hand. Ebenso ist niemals bestritten worden, daß für Wiederherstellung der ganzen Ostwand voll auf genügende Anhaltspunkte vorhanden sind. Nur das obere Gesimse fehlt, und auch unter den vermauerten Steinen ist leider kein Gesimsstück zum Vorschein gekommen. Hier müßte man die entsprechenden Motive von anderen gleichzeitigen Gebäuden entlehnen, wenn man nicht etwa aus dem Mangel derartiger Fundstücke folgern wollte, daß hier ein Gesimse überhaupt nicht vorhanden gewesen sei*.

Schwieriger gestaltet sich die Frage der Wiederherstellung hinsichtlich der Westwand. Winters Untersuchungen ergeben, daß auch hier eine Fensteranlage gewesen ist, deren ungefähre Form er unter Benützung aufgefundenen Architekturtheile berechnet hat. Festgestellt ist ferner, daß hier ein Vorbau mit

* Dieser Ansicht ist in Betreff des Saalbaus auf dem Münzenberge in der Wetterau, wo der gleiche Befund vorliegt, der mit dessen Herstellung betraute Professor Dr. H. v. Ritgen in Gießen, dessen freundlicher Mittheilung ich diese Angabe verdanke.

einer Außentreppe sich anschloß, deren Grundmauern Winter aufgedeckt hat, und daß in das untere Geschoß von außen zwei Eingänge geführt haben.

Wer nach solchen spärlichen Anhaltspunkten eine Wiederherstellung auch dieser Seite in romanischem Stile versuchen wollte, würde natürlich in sehr vielen Punkten auf seine eigene Phantasie angewiesen sein. Wie der Palast von dieser Seite einst ausgesehen hat, kann Niemand wissen; hier eine romanische Fassade bilden, hieße mehr oder weniger ins Blaue tasten. Ähnlich verhält es sich mit der Nord- und besonders mit der Südwand des Gebäudes.

Um das Alte in geschichtlicher Treue und mit möglichst geringen Zuthaten zu erhalten, tauchte unter diesen Umständen der Plan auf, nur die Ostwand romanisch herzustellen, auf der Nord- und Westseite die überlieferte Renaissance zu belassen, die Südwand auf den alten Grundmauern aufzuführen und südlich vor dieselbe einen kleinen Anbau zu legen, in welchem die Treppe und die übrigen zu einer Ausbarmachung des ganzen Gebäudes erforderlichen Räumlichkeiten unterzubringen wären. Würde dann der Renaissancegiebel auf der Ostseite entfernt und die auf der Westseite einst vorhanden gewesenen wieder aufgeführt, so böte zwar das Gebäude hüben und drüben einen grundverschiedenen Anblick. Keinesfalls aber doch mehr als unzählige andere Schlösser und Kirchen, die gleichfalls die verschiedensten Stilarten an

sich tragen, ohne daß es Jemanden in den Sinn kommt, die eine Kunstform zu Gunsten der andern gewaltsam beseitigen zu wollen. Ganz abgesehen davon, daß in unserem Falle die verschiedenen Stilarten, da beide Seiten eben nie zu gleicher Zeit zu sehen sind, einander in keiner Weise stören würden.

Alles Alte würde auf diese Weise erhalten, jeder gewaltsame Zusatz vermieden werden. Von Osten hätte man eine stattliche romanische Fassade vor sich, von Westen einen keineswegs uninteressanten Renaissancebau. Schon äußerlich würde so das Gebäude seine Geschichte zur Schau tragen. Im Innern aber hätten wir in beiden Geschossen die Räumlichkeiten des alten Saalbaues in vollem Umfange erneuert.

Daß eine derartige Wiederherstellung möglich, wird allgemein anerkannt. Daß sie im Interesse der Geschichte der deutschen Baukunst dringend wünschenswerth sei, ist wiederholt in und außerhalb Braunschweigs von den berufensten Sachleuten öffentlich erwiesen worden. Bei der Spärlichkeit von Überresten romanischer Profanbauten kann jeder neue Fund der Art nur hochwillkommen sein. Hat doch ganz Norddeutschland nur ein einziges nichtkirchliches Gebäude aus dieser frühen Epoche aufzuweisen, das Kaiserhaus zu Goslar*.

* Auch in Süd- und Mitteldeutschland sind derartige Palastanlagen nur wenig erhalten. Winter hat deren im ersten Excurse S. 68 ff. im Ganzen nur sechs nachweisen können: in Eger, Gelnhausen, auf dem Münzenberge, der Wartburg, in Seligenstadt und Wimpfen.

Und gerade zu diesem bildet unser Dankwarderode ein interessantes Gegenstück. Ist diese Herzogsburg auch von geringerer Größe und Stattlichkeit als jene Kaiserpfalz, so finden zwischen beiden doch manche Ähnlichkeiten statt, die sich in gleicher Weise auch an den Kapellen und den Domen wiederholen, welche sich einst bei beiden Palästen erhoben. Leider ist in Goslar von dem alten Münster nur noch die nördliche Eingangskapelle erhalten; der sehr verfallene Hauptbau ist bekanntlich 1819 abgebrochen worden, in einer Zeit, die für Kunst und Alterthümer sehr wenig Sinn hatte und überdies auch nach den Drangsalen der Freiheitskriege, sowie angesichts der vielen näher liegenden Aufgaben, die ihrer Lösung harreten, die Geldmittel für derartige Interessen nicht aufzubringen vermocht hätte. Gleichwohl regte sich auch damals sehr bald, leider aber zu spät erst, das öffentliche Gewissen gegen jene Art der Zerstörung. Schon 1824 suchte die Hanoversche Verwaltung die Schuld daran auf die früheren Regierungen abzuwälzen*. Die hohe Bedeutung der Pfalz freilich erkannte man dort derzeit so wenig wie bis vor Kurzem in Braunschweig die der Burg Dankwarderode. Auch dort waren die Fenster vermauert, störende Anbauten hinzugefügt; seines scheunenartigen Aussehens halber hielt man den Bau für ein Hinterhaus, die eigentliche Pfalz für längst von der Erde

* Spangenberg, Neues vaterländisches Archiv. 1824 B. 1 S. 242 ff.

verschwunden *. Zu einer Herstellung bot die dortige West-
 facade, nach der Versicherung unterrichteter Architekten, nicht
 mehr Anhaltspunkte, als die Ostseite unserer Burg.

Ein glückliches Geschick hat in Braunschweig neben dem
 Saalbau den alten Dom und somit die beiden werthvollsten
 Bestandtheile der gesammten Burganlage auf uns gebracht.
 Sind auch die Kemenaten und die Doppelpapelle St. Georgii
 und St. Gertrudis längst verschwunden, so läßt sich doch ihre
 ehemalige Lage aus der Stellung des Doms zum Palaste
 im Geiste leicht ergänzen. Gerade in dieser ihrer Verbindung
 aber gewinnen beide Bauwerke, da sie eine sonst in diesem

* Spiel, Vaterländisches Archiv 1819. B. 1 S. 247. — ferner S.
 255: 'Es ist ein großes, aber ziemlich unscheinbares Gebäude, welches
 nach einigen damit vorgenommenen Reparaturen jetzt zu einem Ma-
 gazine dient'. — Müller (Streifereien in den Harz, 1800 B. 2 S. 140)
 nennt das Kaiserhaus 'ein langes schlechtes Gebäude, das zu seiner
 Zeit als Stallung gedient haben mag'. Von der Burg selbst, fügt er
 hinzu, 'sieht man nicht die geringste Spur. Sie brannte 1288 ab und
 wurde nicht wieder aufgebaut'. Spieker (Der Harz in seinen Ruinen
 und Sagen 1857 S. 223) schreibt: 'Von der alten kaiserlichen Pfalz
 sieht nur noch der Rest eines Nebengebäudes, das jetzt zu einem Korn-
 speicher und zu einer militärischen Kumpelkammer eingerichtet ist.
 Der Palast muß von großem Umfang gewesen sein u. Vgl. außer-
 dem: v. Uffenbach, Merkwürdige Reisen Th. 1, S. 81; Die Vorzeit
 4. Jahrg. 1823 S. 95 Anmerkung; Gottschalk, Taschenbuch für Rei-
 sende in den Harz, Magdeburg 1833 S. 137 ('Seitenflügel'); Breder-
 low, Der Harz, Braunschweig 1851 S. 215: 'als Überbleibsel der Feuers-
 brunst 1288 trauert noch der eine Seitenflügel'.

Umfange nirgends in Deutschland erhaltene Bauanlage des 13. Jahrhunderts darstellen, eine ungewöhnliche Bedeutung; der Untergang des einen würde auch dem anderen den größten Abbruch zufügen. Jetzt liegt der Burgplatz mit unbedeutenden Veränderungen noch in denselben Raumverhältnissen da, die er zur Zeit Heinrichs des Löwen gehabt hat. Noch schaut von seinem steinernen Postamente der eiserne Löwe auf die Burg seines Herrn, vor der er länger denn siebenhundert Jahr treue Wacht gehalten hat. Der historische Charakter, die schöne Harmonie des Platzes*, der seines Gleichen in Deutschland wenig finden dürfte, würde gänzlich zerstört werden, wenn man den alten Saalbau abbrechen und seine Ostseite durch eine neue Häuserreihe schließen wollte. Möchte bei diesen neuen Gebäuden noch so sorgsam ein harmonischer Anschluß an das Vorhandene gesucht werden — der Platz wäre von Grund aus umgestaltet, seine historische Weihe dahin. Denke man sich nur den alten Löwen, das stolze Wahrzeichen Braunschweigs, hinüberschauend auf moderne Bauwerke, mit denen ihn keinerlei Beziehung, keinerlei innerer Zusammenhang verknüpft! Man hat in letzter Zeit oft darüber Klage geführt, daß die Südseite des Doms durch die neuen Justiz- und Polizeigebäude empfindlichen Eintrag erleidet. Sollte man da

* Jetzt füllt der Löwenstein den Burgplatz angemessen aus; bei Vergrößerung des Platzes würde aber das schöne Verhältniß zwischen diesem und dem Denkmal sofort verloren werden.

nicht um so mehr darauf bedacht sein, wenigstens die Nordseite desselben vor ähnlichem, ja noch ungleich größerem Schaden zu bewahren?



Die Burgfrage vor dem Landtage und den Stadtberordneten (1880 — Febr. 1883).

Diese Erwägungen waren es, die nach Aufdeckung der Romanischen Reste in der Heinrichsburg zu erneuter Prüfung der Frage zwangen: Sind die Vortheile, die aus einer Beseitigung des alten Saalbaues erwachsen, so groß, daß man darum den Verlust der ehrwürdigen historischen Stätte leichtem Herzens verschmerzen könnte? Daneben trat aber, wie natürlich, noch eine zweite Frage in den Vordergrund: Wer wird die Kosten tragen, welche der Ankauf des Gebäudes bereits gefordert hat und eine würdige Wiederherstellung desselben noch weiter fordern wird?

Schon im Jahre 1880 beschäftigte diese Frage die Landesversammlung. Als in vertraulicher Sitzung berathen wurde, welches bleibende Erinnerungszeichen zur Feier der fünfzigjährigen Regierung Herzog Wilhelms gestiftet werden könne, fand der Plan, dem allverehrten Landesherrn die Burg seiner Ahnen wieder herzustellen, zwar vielfachen Anklang. Da jedoch von anderer Seite bereits die Stiftung eines Blinden-

asyls vorbereitet war und demnach die Mehrheit zu der Ansicht gelangte, dieser Plan würde in weiteren Kreisen des Volkes mehr ansprechen, wurde darüber jener andere Vorschlag für dieses Mal aufgegeben.

Bald darauf aber kam die Angelegenheit in derselben Versammlung aufs Neue zur Sprache, indem der Abgeordnete Hausmarschall v. Cramm am 29. November 1882 einen Antrag stellte, welcher in der später vom Referenten vorgeschlagenen Fassung folgendermaßen lautete: 'Die Landesversammlung wolle beschließen, an das herzogliche Staatsministerium das Ersuchen zu richten, mit dem Magistrate der Stadt Braunschweig wegen Erwerbung des noch stehenden Theils der sog. alten Burgkaserne mit den darin enthaltenen Resten der Burg Dankwarderode in Verhandlung zu treten und von deren Resultate der Landes-Versammlung demnächst, wenn thunlich unter Beifügung geeigneter Vorschläge zur würdigen Conservirung des Bauwerks, Kenntniß zu geben'.

Der Referent, Consistorialrath von Schmidt-Phiseldeck, welcher der Sache als stellvertretender Vorsitzender des Braunschweig-Wolfenbüttelschen Geschichtsvereins von vornherein ein thätiges Interesse geschenkt hatte, erstattete seinen Bericht am 2. December 1882. In ruhiger, eindringlicher Rede führte er die hohe Bedeutung der Burg für die Landesgeschichte, ihren großen Werth für die Geschichte der deutschen Baukunst aus. Da die Instandsetzung des Gebäudes sehr wohl

möglich sei — habe sich doch von der Ostfaçade mehr erhalten als seiner Zeit von der Westseite des Kaiserhauses in Goslar — dazu auch keineswegs unerschwingliche Geldmittel (etwa 150 000 Mk) erforderlich seien, so werde das Land sich der Ehrenpflicht nicht entziehen können, dafür einzutreten. In demselben Sinne äußerte sich der Correferent, Justizrath Häusler. Er habe, bekannte dieser, der Frage anfangs zwar fühler gegenüber gestanden. Nachdem er aber gesehen und von Sachkundigen gehört, um was es sich handele, halte er die Niederlegung des Bauwerks 'für eine Unmöglichkeit'. Das Land dürfte sich der Verpflichtung einer würdigen Restauration des Gebäudes nur dann für überhoben erachten, wenn dasselbe unhaltbar, seine Beseitigung im Verkehrsinteresse nothwendig und die zu seiner Wiederherstellung erforderliche Summe unverhältnißmäßig hoch wäre. Da keine dieser drei Voraussetzungen zutreffe, so könne er den vorliegenden Antrag nur befürworten.

Der Eindruck dieser Reden wurde leider dadurch sehr beeinträchtigt, daß die Geschäftsordnung nicht gestattete, noch an demselben Tage einen Beschluß zu fassen, und daher auch die Fortsetzung der Berathung bis auf Weiteres verschoben wurde. Vorher gab der Abg. Commerzienrath Schöttler die Erklärung ab, daß er zwar gegen den Antrag zu sprechen gedenke, zuvor aber den Druck der Referate abwarten wolle.

Erst am 23. Januar 1883 wurden die Verhandlungen

wieder aufgenommen. Eine Änderung in der Fassung des Antrags wurde vom Abg. Pockels, Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig, vorgeschlagen, welche sowohl die Zustimmung des Antragstellers als auch der Referenten fand. Als seine persönliche Ansicht, für die er jedoch die Genehmigung des Magistrats und der Stadtverordneten vorbehalten müsse, äußerte er, daß die Stadt Braunschweig als zeitige Besitzerin des Gebäudes dessen Wiederherstellung gewiß gern übernehmen würde, wenn man ihr die von dem Landtage zu verwilligenden Mittel zu diesem Zwecke überwiese. Es empfehle sich dies um so mehr, da das Gebäude dem Archiv und der Bibliothek oder dem Museum der Stadt eine passende Unterkunft gewähren und somit auch eine zweckmäßige Verwendung finden könnte, dem Staate aber auf diese Weise eine dauernde Last abgenommen würde. Abg. Pockels beantragte daher, daß an das herzogliche Staats-Ministerium nur das 'Ersuchen gerichtet werde, mit dem Magistrate der Stadt Braunschweig wegen Wiederherstellung der Reste der Burg Dankwarderode in Verhandlung zu treten und von deren Resultate der Landes-Versammlung, eventuell unter Beifügung geeigneter Vorschläge zur würdigen Conservirung des Bauwerks, Kenntniß zu geben'.

Das herzogliche Staatsministerium sprach sich zustimmend aus. Geheimrath Graf Görz-Wrisberg erklärte dabei, daß herzogliche Landesregierung die würdige Erhaltung der

denkwürdigen Baureste als eine Pflicht, zugleich aber, da von der Stadt ein solches Opfer nicht wohl zu fordern sei, als eine Landes Sache ansehe.

Gegen den Antrag sprachen zumeist ländliche Vertreter. Ihre Äußerungen liefen darauf hinaus, daß schon genug Geld für Bauten ausgegeben, daß die fragliche Angelegenheit lediglich von Alterthumsschwärmern angeregt worden sei, die nach ihrer Art zu Übertreibungen neigten, daß die Erinnerung an Heinrich den Löwen durch den Dom und das Löwenstandbild hinlänglich gewahrt werde 2c. 2c. Einen neuen Gesichtspunkt stellte der Abgeordnete Lambrecht auf. Er bezeichnete den Antrag als einen Eingriff in fremde Rechte: anderwärts seien derartige Gebäude von den Fürstenhäusern wiederhergestellt worden, die es angehe; wenn dies hier nicht geschehe, so werde wohl auch an dem Dinge nicht viel gelegen sein. Daß es allen diesen Herren in erster Linie um eine Ersparniß zu thun war, erhellte aus ihren Äußerungen jedenfalls am klarsten.

Eine abweichende Stellung nahm der Abg. Schöttler ein. Seiner lange vorher angekündigten Rede sah man natürlich mit Spannung entgegen. Zumeist war dieselbe, wie man zu sagen pflegt, aus dem Fenster gesprochen. Mit großer Erregung verbreitete sich Redner über einige Zeitungsartikel, welche Thatfachen verdreht und die städtischen Behörden in ein schlechtes Licht gestellt hätten. Dann polemisirte er gegen

v. Dehn-Rothfelfer, der die starke Baufälligkei der Westseite des Gebäudes in Zweifel gezogen habe. Außerdem wich er von diesem vor Allem in der Werthschätzung der Pfeilerstellung des Untergeschosses ab. Er ereiferte sich darüber, daß man diese 'plumpen Säulen' mit dem schönen Namen Colonnaden oder Arkaden benenne und berief sich für seine Meinung, daß dies eine arge Schönrednerei sei, 'auf Heyses Fremdwörterbuch und Meyers Conversationslexicon'*. Für die Erhaltung dieser selbigen 's. g. Colonnaden', erklärte er, 'gebe er keinen Dreier'. Trotzdem gestand auch Herr Schöttler zu, 'daß ein gewisser historischer Werth in dem Bau stecke', wonach er sich dann — Ende gut, Alles gut — bereit erklärte, für den Antrag Pockels zu stimmen.

Dieser wurde dann in namentlicher Abstimmung von 23 gegen 21 Stimmen angenommen. Daß die ländlichen Vertreter fast geschlossen dagegen eintraten, wird Niemand Wunder nehmen, der die besonderen Verhältnisse des Braunschweigischen Landtages kennt. Nur die Rittergutsbesitzer Hausmarschall v. Cramm und Jägermeister Graf von der Schulenburg standen zur Mehrheit, während der Oberkammerherr Hofjägermeister v. Veltheim sich auch in dieser Sache von jenen ländlichen Abgeordneten nicht trennte. Diesen schloß sich eine Anzahl der Vertreter der kleineren Städte des Landes an.

* Der officiële Sitzungsbericht geht hierüber hin. Vf. war Ohrenzeuge.

Hinzugefügt mag noch werden, daß von keiner Seite das angebliche Verkehrsinteresse der Stadt Braunschweig geltend gemacht wurde, auch nicht von dem Abgeordneten Reuter, welcher gleichfalls dem Pockelschen Antrage zustimmte.

Somit hatte sich nun der Braunschweigische Landtag mit einer wenn auch schwachen Mehrheit im Princip für die Erhaltung der Burg Dankwarderode ausgesprochen. Troßdem stieß dieser Ausgang zumal in weiten Kreisen der Stadt Braunschweig, der man doch ein werthvolles Gebäude erhalten wollte, auf die allerungünstigste Beurtheilung, und anonyme 'Eingesandts' und anderes der Art im Braunschweiger Tageblatte suchten diese Mißstimmung von Zeit zu Zeit zu schüren.

Neue Nahrung erhielt dieselbe tagtäglich durch den Anblick des Gebäudes selbst, welcher naturgemäß für die große Menge nur abstoßend sein kann. Schon eine Reihe von Jahren stand das ruinenhafte Gebäude inmitten einer belebten, gewerbreichen Stadt; dem Laien ist nicht zu verdenken, wenn er sich darüber ärgert, sein Unwille sich je länger je mehr steigert, und am Ende sein Schluß kurzweg lautet: lieber ganz fort mit dem Gebäude als noch Jahre lang diese Ansicht und das Geschreibsel darüber in den Zeitungen. Dabei übersieht er jedoch, wie ganz anders das Gebäude sich ausnehmen würde, sobald man es nur einigermaßen wieder in Stand setzte. Wie kümmerlich hat nicht das Goslarer Kaiserhaus vor seiner Wiederherstellung ausgesehen! Der Geh. Regie-

rungsrath Blumenbach* nannte es 1846 'eine ehrwürdige Ruine'. Nur in zwei Fenstern standen noch je zwei Säulen, alle übrigen fehlten. Der mittlere Dachgiebel war ganz abgetragen und durch hölzernes Fachwerk ersetzt. Eine Abbildung in der illustrierten Zeitung vom 20. Mai 1871 zeigt das ganze Mittelstück der Westseite des Gebäudes bis in das Erdgeschoß hinunter in Fachwerk aufgeführt. In- und Anbauten, neue Fensteröffnungen u. hatten es nicht weniger verunstaltet als dermalen die Burg Dankwarderode. Sein malerischer Eindruck war schon 1810 so gering, daß Blumenbach seinen Begleiter, einen Baumeister, nur mit Mühe bewegen konnte, überhaupt nur eine Skizze von der Fassade zu nehmen. Wer möchte aber jetzt wohl das Kaiserhaus missen! Erfahrungen wie diese legen die Forderung nahe, in solchen Fragen vor Allem auf das Urtheil von Fachleuten zu hören; sie berechtigen zugleich zu der Hoffnung, daß auch in Braunschweig die jetzige Stimmung umschlagen wird, sobald man an dem Gebäude einmal seine Schuldigkeit gethan hat.

Doch einmal gefaßte Vorurtheile sitzen fest. Das zeigte sich, als der Magistrat seine Vorschläge wegen Herstellung der Burg den Stadtverordneten vorlegte. Am 19. Februar 1883 berichtete über dieselben für die vereinigte Statuten- und Finanzcommission der Stadtv. Heymann. Dreierlei Mög-

* Vgl. Archiv des histor. Vereins f. Niedersachsen Nr. 5. Jahrg. 1846, S. 4 ff. und oben S. 33 ff.

lichkeiten waren zur Entscheidung gestellt: entweder das Gebäude unter Beibehaltung aller architektonisch werthvollen Theile zur Aufnahme des Archivs und der Bibliothek herzurichten, welche beide seit längerer Zeit an unerträglichem Raummangel leiden — Voraussetzung und Bedingung dieses Antrags war, daß der Staat einen Zuschuß von 150 000 Mk leisten würde — oder aber das Gebäude an die Landesregierung für 50 000 Mk zu verkaufen, jedoch unter der Bedingung, daß an der Südseite desselben ein 16 Meter breiter Raum für Straßenzwecke frei bleibe; oder endlich die architektonisch werthvollen Bestandtheile als Ruine zu erhalten — ein Vorschlag, der nur etwaigen falls ins Auge gefaßt und daher vor der Hand noch ohne nähere Erläuterung geblieben war.

Oberbürgermeister Pockels hob hervor, daß die Wiederherstellung der Burg Dankwarderode allerdings eine Landesangelegenheit sei. Wenn jetzt die Stadt dieselbe mit staatlicher Unterstützung übernehmen wollte, so könnten für diese Entschließung — abgesehen von der Ehrenpflicht gegen den Stadtbaurath Winter — nur nüchterne Nützlichkeitsrückichten den Ausschlag geben. Das Museum, das Archiv und die Bibliothek seien zur Zeit sehr mangelhaft untergebracht. Verlege man letztere beiden in das restaurirte Burggebäude, so gewinne man in den freigewordenen Räumen im Erdgeschoße des Neustadtrathhauses hinreichenden Platz für das Museum.

für diese Zwecke sei der erforderliche Aufwand (100 000 Mk einschließlich Bauplatz) nicht zu hoch, und jeder selbständige Neubau für jene Anstalten würde ohne Frage ungleich kostspieliger werden. Noch billiger und zweckmäßiger freilich dürften Archiv und Bibliothek in dem neuen Stadthause unterzubringen sein, falls ein solches gebaut werden sollte. Mit warmen Worten gedachte Oberbürgermeister Pockels ferner der Verdienste des Stadtbauraths Winter um die Burg, dem er die ins Auge gefasste Aufgabe als eine Genugthuung für mancherlei Kränkungen von Herzen wünschen möchte.

Wie zu erwarten war, gingen die Ansichten der Stadtverordneten weit auseinander. Stadtv. Heymann erklärte sich persönlich für das zweite Project, da es gleichgültig sei, ob die Stadt oder der Staat das Gebäude wiederherstelle und für die Versammlung der praktische Gesichtspunkt maßgebend sein müsse. Anders Stadtrath Schöttler. Nachdem er sich gegen falsche Auffassungen seiner im Landtage gehaltenen Rede vertheidigt und sich wiederum des Längeren über die Urkunden verbreitet hatte, die 'bei alleiniger Berücksichtigung ihres architektonischen Werths keine Berechtigung auf Erhaltung' hätten, sprach er seine persönliche Meinung dahin aus, daß der historischen Pietät und dem Kunstwerthe der Fenster in der Ostseite vollständig Rechnung getragen werde, wenn man sie in dem neu zu erbauenden Museum unterbringe, während man ja 'die sogenannten Colonnaden als angenehme

Decoration hinter dem Museum im Garten aufstellen könne'. Bei alledem erklärte er sich mit dem ersten Vorschlage, also mit Wiederherstellung der Burg einverstanden, falls Winter den Bau ausführe, weil andernfalls doch nur 'Glickwerk' zu Stande kommen würde. Ginge die Burg in den Besitz der Regierung über, so daß diese den Bau müßte ausführen lassen, so würde er mit vielen anderen Collegen im Landtage, wo er bekanntlich früher für Erhaltung der Burg seine Stimme abgegeben hatte, jetzt gegen Bewilligung der nothwendigen Mittel stimmen, 'so daß, wenn heute Project 1 zur Seite geworfen, Project 2 hoffentlich im Landtage fallen würde'. Nur mit Rücksicht auf Stadtbaurath Winter wünsche er den Bau; alle anderen Architekten erklärte er sich gedrungen, nach Kräften davon fern zu halten.

Mit den Herzenswünschen des Stadtraths Schöttler berührte sich die Ansicht des Stadtv. Kiefe. Er wollte die Ruinen der Burg noch weiter als jener, in das vor Braunschweig gelegene Fasanenhölzchen, den jetzigen Stadtpark, getragen und hierüber dann eine Denkschrift im Archive niedergelegt wissen. Stadtv. Munte ließ sich dahin vernehmen, wegen der paar Fenster brauche man 'das alte Gerümpel' nicht stehen zu lassen.

Zweckbewußter als diese Herren ging der Stadtverordnete und Director der städtischen Wasserwerke, Herr Reuter, vor. Hatte er unlängst bei Erörterung der Angelegenheit im

Landtage von dem Verkehrsinteresse der Stadt kein Wort verlauten lassen, so schob er jetzt diese Frage wieder in den Vordergrund, indem er beantragte, an alle Vorschläge die Bedingung zu knüpfen, daß von der Nordseite des Gebäudes mindestens 4 Meter abgebrochen, und dieser Raum der hier nur 5 Meter breiten Straße zugelegt würde. Daß der Stadtbaurath Winter eine derartige Bedingung mit dem Projecte der Restauration für unverträglich erklärt hatte, schien die Mehrzahl der Stadtverordneten keineswegs auf andere Gedanken zu bringen.

Der Stadtv. Winter überbot noch Herrn Reuter. Er beantragte von der Nordseite des Gebäudes unter allen Umständen 7 Meter abbrechen zu lassen; wogegen Stadtv. Dr. Blasius vorschlug, man möge eine Verbreiterung der Straße durch Abbruch des der Burg gegenüberliegenden, architektonisch werthlosen Hauses, der s. g. Löffbeckeschen Speiseanstalt, zu gewinnen suchen. Außer ihm trat, wie schon früher, so auch jetzt wieder Stadtv. Niefß für Erhaltung der Burg ein, indem er ausführte, daß es vor Allem die kunsthistorischen Alterthümer seien, die der Stadt Braunschweig ihre Bedeutung verschafften, zu diesen aber in erster Reihe die Burg Dankwarderode gehöre.

Richtig charakterisirte die Sachlage Bürgermeister Rittmeyer. Zwei Parteien, führte er aus, stehen einander scharf gegenüber. Kunsthistoriker und Architekten treten für die Wie-

derherstellung der Burg ein, die Männer des praktischen Lebens für deren Beseitigung. Der Stadtmagistrat nehme mit seinem Antrage eine vermittelnde Stellung ein; da das Gebäude sich sehr gut zu einem städtischen Zwecke eigne, so suche er den praktischen Standpunkt mit den idealen Interessen zu vereinigen. Demnach bat er nochmals um Annahme des ersten Vorschlags.

Bei der Abstimmung ergab sich Stimmengleichheit für den weitestgehenden Antrag des Stadtv. Winter, welcher dann aber fiel, indem der derzeitige Vorsitzende der Stadtverordneten, Landsyndicus Otto, sich gegen ihn entschied. Angenommen wurde dann der Antrag Reuters mit 13 gegen 11 Stimmen. Von den Magistratsanträgen wurde der erste mit 18 gegen 6 Stimmen abgelehnt, der zweite mit 13 gegen 11 Stimmen angenommen.

Demnach erklärte sich die Stadtverordnetenversammlung bereit, der Regierung das Gebäude für 50 000 Mk zu überlassen unter der Bedingung, daß von demselben auf der Nordseite 4 Meter abgebrochen würden. Der bereits vollständig ausgearbeitete Wiederherstellungsplan des Stadtbauraths Winter war somit beseitigt, und dieser selbst um den wohlverdienten Lohn seiner mühevollen Arbeit gebracht worden.



Denkschrift des Architekten- und Ingenieurvereins; Stellung des Bürgervereins.

Die Aufnahme, welche dieser Beschluß der Stadtverordneten in der Öffentlichkeit fand, war natürlich eine sehr verschiedenartige. In den Verhandlungen des Architekten- und Ingenieurvereins, sowie des Braunschw. Bürgervereins kamen die beiden entgegengesetzten Strömungen zum deutlichsten Ausdruck. Dort herrschte unverhohlene Mißstimmung, hier offene Freude über den gefaßten Beschluß.

Von der Ansicht geleitet, daß die starke Abneigung gegen eine Erhaltung und Wiederherstellung der Burg lediglich aus ungenügender Erkenntniß von dem Werthe und der Nothwendigkeit der Erhaltung derartiger Bauwerke hervorgehe, ließ der Architektenverein durch einige seiner Mitglieder eine Denkschrift ausarbeiten, die mit Nachdruck und Wärme auf den geschichtlichen und architektonischen Werth des Gebäudes hinwies. Scharf wurde hier u. A. der Einfluß solcher Baudenkmäler auf die Hebung von Kunst und Wissenschaft, die Wichtigkeit eigenen Sehens beim Studium derselben hervorgehoben. 'Die eigene Anschauung fördert den angehenden Architekten mehr, als alle in Büchern stehende oder mündlich vorgetragene Lehre, mögen die Monumente nun in diesem oder jenem Stile erbaut sein'. Die hohe Bedeutung

der Burg als eines Denkmals der Baukunst, das in mancher Beziehung als Unicum gelten müsse, wurde in das rechte Licht gestellt. Der von Eaien in Versammlungen und Zeitungen aufgestelltem Behauptung gegenüber, daß ein oder zwei Fenster der romanischen Ostfront erhalten seien, wurde mit Entschiedenheit betont, daß vielmehr vierzehn Fenster in sechs Gruppen der Hauptfront aufgefunden worden, und die Details in einer solchen Fülle durch sorgfältige Untersuchungen zu Tage gefördert seien, daß man sagen dürfe: 'Die romanische Ostfaçade und somit der hervorragendste und wichtigste Theil der im Übrigen ohne Zweifel außerordentlich einfach ausgestattet gewesenen Burg, ist so gut wie vollständig erhalten'!

Ferner wird hier auf die Nothwendigkeit der Erhaltung des Gebäudes als eines Ganzen mit Nachdruck hingewiesen. Denn 'soll der architektonische Werth der Burgreste ein dauernder bleiben, so läßt sich das nur erreichen, wenn das Gebäude in seiner räumlichen Gestaltung, zugänglich in den einzelnen Stockwerken, zu den Detailstudien zusammen erhalten bleibt. Für die Gesamtwirkung eines Bauwerkes sowohl, als für die Wirkung der einzelnen Glieder in demselben, das Verhältniß der Öffnungen zur Masse, der Breite zur Höhe der Fenster, des Schaftes der Säule zum Kapitäl und der Last, endlich für das richtige Verständniß der äußeren Architekturformen zur Wirkung im Innern, sowie der Verhältnisse der Innenräume unter sich, ist eine Belassung der Burgreste im



räumlichen Zusammenhang unter Dach und Fach unerlässlich'.

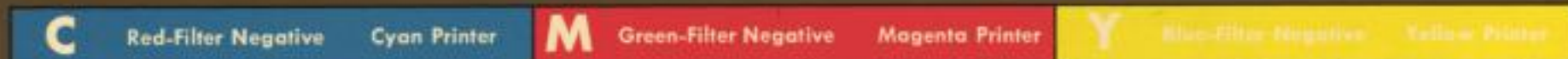
Die Stabilisirung der baufälligen Gebäudetheile wird für eine Aufgabe von keiner besondern Schwierigkeit erklärt und entschieden gegen die Erhaltung der Burgreste als Ruine Stellung genommen, welche zumal an dieser Stelle einen sehr unschönen Anblick gewähren und sich gegen die Einflüsse der Witterung nicht lange widerstandsfähig erweisen würden. In dieser Hinsicht wird an die Chorruine der Walkenrieder Klosterkirche erinnert, deren Einsturz trotz aller aufgewandter Mühen und Mittel unabwendbar scheine, sowie ferner an die Ruinen des Heidelberger Schlosses, 'deren Wiederherstellung unter Dach und Fach von den Technikern und dem gebildeten Deutschland verlangt werde, um einer weiteren Zerstörung vorzubeugen'.

Ganz absprechend wird über den Reuterschen Vorschlag geurtheilt. 'Der Gedanke, von der Burg Dankwarderode einen Theil zur Verbreiterung des nördlichen Zuganges zum Burgplatze abzuschneiden, ist so ungeheuerlich, daß wir es unter unserer Würde halten, darauf einzugehen'. Auch im Interesse des Verkehrs erkennt man diese Maßregel keineswegs für geboten, vielmehr glaubt man, daß dieser Absicht durch Beseitigung des Gebäudes der Lößbecke'schen Speiseanstalt (Dienstbotenanstalt) ungleich besser gedient werde.

So urtheilten in Braunschweig selbst die berufenen Fach-



KODAK GRAY SCALE



black	3-color	white	cyan	violet	magenta	primary red	yellow	green
-------	---------	-------	------	--------	---------	-------------	--------	-------



KODAK COLOR CONTROL PATCHES



These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.

leute, und überall in Deutschland hat dieses Urtheil unter den Berufsgenossen die lebhafteste Zustimmung gefunden. Entgegnungen von fachmännischer Seite fand das Schriftchen nicht, nur mit anonymen Eingefandts zc. im Braunschweiger Tageblatte kühlten die Widersacher ihr Müthchen.

Daß aber die beabsichtigte Wirkung in den Kreisen, für welche jene Schrift hauptsächlich berechnet war, leider nicht erreicht worden ist, zeigte sich bald darauf in einer Versammlung des Braunschweigischen Bürgervereins vom 5. Juni 1883. Hier hatte der einzige Fürsprecher der Burg, Hoffabrikant Müller, einen harten Stand, da sämmtliche andere Redner sich mit Eifer für den Abbruch des Gebäudes aussprachen. Der Ingenieur Königsdorf stellte den kunsthistorischen Werth der Baureste in Abrede, und auf seinen Antrag beschloß der Bürgerverein 'an den Stadtmagistrat und die Stadtverordnetenversammlung das Ersuchen zu richten, dahin wirken zu wollen, daß die Burg Dankwarderode ganz niedergerissen, wenigstens aber die Bedingung aufrecht erhalten werde, wonach an der Nordseite des Gebäudes 4 Meter abgebrochen werden sollten'.



Die Burgfrage nochmals vor den Stadtverordneten und dem Landtage.

Zwischen war der Beschluß der Stadtverordneten der Herzoglichen Landesregierung mitgetheilt worden. Diese hatte, gestützt auf ein Gutachten der Baudirection, die angefügte Bedingung, 4 Meter von dem Gebäude abzubrechen, für unannehmbar erklärt, war aber ohne dieselbe bereit, auf die seitens der Stadt gemachten Vorschläge einzugehen. Der Stadtmagistrat stellte daher bei den Stadtverordneten den Antrag, jene Bedingung fallen zu lassen, da er der Überzeugung sei, daß der Abbruch von 4 Metern mit der geplanten Wiederherstellung des Gebäudes vom historischen und architektonischen Standpunkte aus unvereinbar und diese Maßnahmen im Verkehrsinteresse keineswegs geboten seien. Die Mehrheit der vereinigten Statuten- und Finanzcommission befürwortete diesen Antrag; als heftiger Widersacher desselben zeigte sich vor Allen Stadtv. Reuter, der um jeden Preis auf schnurgerade Straßen bestand.

Einen neuen Gedanken brachte diesmal der Stadtv. Reiche vor. Er beklagte den Verlust der 'schönen Stuckatur-Arbeit', des 'sehr schönen Portales mit dorischen Säulen', die er früher an der Burg gesehen habe. Er wollte diese selbst und Anderes beseitigt, so einen großen Platz geschaffen, diesen 'Welfenplatz' genannt und darauf die zur Feier der fünfzigjährigen

Regierung des hochseligen Herzogs Wilhelm errichtete Säule aufgestellt sehen — Veranstaltungen, mit denen seiner Ansicht nach 'der Beweis der echten Pietät' erbracht wäre.

Vergeblich trat Bürgermeister Rittmeyer für den Magistratsentwurf ein. Mit 15 gegen 10 Stimmen wurde derselbe abgelehnt.

Unwillkürlich rufen diese Vorgänge die Erinnerung an ähnliche Stimmungen wach, welche die Braunschweiger Bürgerkreise vor 300 Jahren erfüllten. Auch damals hätten diese am liebsten das gesammte Burggebiet zerstört. 'Es sollte ihnen eine Freude im Herzen seyn', berichtet ein Zeitgenosse, 'wenn sie das ganze Stift mit allen Häusern auf Schubkarren, ja in der Schlippe, zur Stadt hinaus, bis hinter den Giersberg tragen und schleppen und die Grund damit ausfüllen möchten'. So äußerte sich damals der freiheitsdurstige Sinn einer machtvoll nach Selbständigkeit strebenden Hansestadt. Was haben diesem Streben die heutigen Braunschweiger als triftigen Grund ihres Widerwillens gegen die Burg an die Seite zu stellen?

Die ganze Sache schien nunmehr auf das Äußerste verfahren. Hielt die Stadtverordnetenversammlung an der Forderung theilweiser Vernichtung des Gebäudes fest, die Regierung ihrerseits aber an der Ablehnung dieser Bedingung und ebenso auch des Vorschlags, die werthvollsten Gebäude theile als Ruine bestehen zu lassen, so mußte sich ein unleid-

licher Zustand bis in unabsehbare Zeiten fortschleppen. Um die Sache endlich zum Austrage zu bringen, wurden aufs Neue Verhandlungen zwischen Ministerium und Stadtmagistrat angeknüpft, in Folge deren die Stadt sich bereit finden ließ, den Reuterschen Vorbehalt daran zu geben, wenn die Regierung 20000 M^k beisteuern werde zum Ankaufe der der Burg gegenüberliegenden Lössbeckeschen Speiseanstalt. Nach diesem Plane würde ein 16 Meter breiter Weg an der Südseite der Burg durchführen, die Straße an der Nordseite derselben aber auf 8 Meter verbreitert, nach der Ansicht des Stadtmagistrats also 'eine äußerst wünschenswerthe Verbindung zwischen dem Osten und Westen der Stadt geschaffen werden'. Ein dahin gehender Antrag des Stadtmagistrats wurde am 11. September 1884 von den Stadtverordneten verhandelt. Jetzt fand auch der Stadtv. Reuter, obgleich ihm der Abbruch der Burg immer noch als das 'Rationellste' erschien, keinen Grund mehr, 'weshalb man noch ferner opponiren solle'. Zwar wurde ihm von anderer Seite heftiger Vorhalt gemacht, weil er sich früher dahin ausgesprochen habe, daß die Beseitigung der Lössbeckeschen Speiseanstalt zu der gewünschten geraden Verkehrsstraße von Osten nach Westen 'wenig oder gar nichts beitrüge'. Gleichwohl jedoch stimmte er der Magistratsvorlage zu, und mit ihm die Mehrheit der Stadtverordneten, theilweis allerdings mit dem ausgesprochenen Wunsche, daß der Landtag die erforderlichen

Mittel verweigern und die Burg dann doch noch zu Falle kommen möchte.

Alles kam jetzt auf die Entscheidung der Landesversammlung an. Zwar hatte diese sich schon durch die Abstimmung vom 23. Januar 1883 dem Plane einer Wiederherstellung der Burg nicht abgeneigt bewiesen; allein die Auslassungen der Abg. Schöttler und Reuter hatten inzwischen hinreichend gezeigt, wie wenig sich einzelne Mitglieder der Versammlung an ihre frühere Stimmabgabe gebunden erachteten.

Eine weitere Veränderung der Sachlage schuf der am 18. October 1884 erfolgte Tod Sr. Hoheit des Herzogs Wilhelm. Die Hoffnung, daß dieser die Herstellung der Burg auf eigene Kosten übernehmen werde, mußte jetzt schwinden; zugleich aber war nun auch der Einrede jeder Boden entzogen, daß die Landesversammlung durch Erhaltung des ehrwürdigen Denkmals in fremde Rechte eingreife. Denn so lange der berechtigte Thronfolger an der thatsächlichen Übernahme der Regierung des Herzogthums behindert ist, kann, wenn nicht sonst von fürstlicher Seite Privatinteressen geltend gemacht und materiell bethätigt werden, nur von einer Verpflichtung des Landes die Rede sein.

Das Bestreben des herzoglichen Staatsministeriums war vor Allem dahin gerichtet, dem Lande die erforderlichen Kosten so wenig fühlbar wie irgend möglich zu machen. Nach der den Ständen gemachten Vorlage sollten dieselben folgen-

dermaßen aufgebracht werden. Der hochselige Herzog hatte noch bei Lebzeiten seine Theilnahme für das Stammschloß seiner Ahnen dadurch bezeugt, daß er zu dessen Wiederherstellung diejenigen 75 000 Mk überwies, welche als Kaufgelder für den Bauplatz des neuen Museums an die Hofstaatskasse abgeführt werden mußten. Dazu sollten 50 000 Mk den Überschüssen der Hofstaatskasse während des Regierungsjahres des Regentschaftsraths, 75 000 Mk dem Kammerkapitalfonds entnommen und diesem vom Jahre 1888 an in zwanzig Jahren aus den Kammereinkünften zurückerstattet werden. Für den Ankauf der Burg, die dann natürlich Eigenthum des Kammergutes würde, sollten 70 000 Mk, für Wiederherstellung derselben 150 000 Mk verwandt werden. Für diesen Ausbau lag ein in herzoglicher Baudirection gearbeiteter Entwurf vor, der alle alten werthvollen Bestandtheile des Gebäudes zu erhalten und dasselbe unter möglichst geringen neuen Zuthaten für einen praktischen Zweck brauchbar zu machen suchte. Als solcher wurde die Verwendung desselben zu einem Museum für vaterländische Denk- und Merkwürdigkeiten angegeben. Die Regierung fügte ihrer Vorlage noch die Bemerkung hinzu, 'daß sie, falls ihr wider Erwarten die erbetenen Mittel versagt werden sollten, der hiesigen Stadt die bei der im Jahre 1880 gewährten Staatsbeihilfe zum Ankauf der Burgcaserne vorbehaltene Genehmigung zur stadtseitigen Verwendung des Grundstückes dann

unter allen Umständen, mithin auch für den höchst bedauernswerthen Fall ertheilen müßte, daß eine völlige Niederlegung der Burg seitens der hiesigen Stadt in Aussicht genommen werden sollte'.

Leider bewirkte dieser Zusatz, der die Bereitwilligkeit der Landstände zur Bewilligung der erforderlichen Geldsummen befördern sollte, bei der obwaltenden Stimmung eines Theiles der Versammlung das gerade Gegentheil. Schon in der Finanzcommission, welcher die Vorlage zur Berichterstattung überwiesen wurde, fand dieselbe eine sehr ungünstige Aufnahme. Der Abg. Reuter erstattete am 13. Mai 1885 deren Bericht, wobei er ausführte, daß ein Mitglied entschieden, ein zweites bedingt für die Regierungsvorlage sei, ein drittes sich dagegen erklärt habe, weil ihm die angeforderte Summe zu niedrig erscheine, drei Mitglieder 'mit Rücksicht auf die von der Baufälligkeit des Gebäudes zu besorgende Gefahr für alsbaldige Beseitigung desselben' und mithin gegen die Vorlage seien. Zu diesen gehörte Herr Reuter selbst, nachdem er in der Stadtverordnetenversammlung vom 11. Sept. 1884, 'keinen Grund eingesehen hatte, weshalb man noch ferner (dem Vorschlage der Regierung) opponiren solle'.

Somit war in der Commission der Antrag abgelehnt, die Aussicht auf Annahme desselben im Plenum sehr gering geworden. Fiel aber der Antrag, so war der Untergang der Burg kaum noch abzuwenden. An die Landesregierung trat

demnach die Frage heran, ob sie sich berechtigt halten konnte, der Entscheidung des rechtmäßigen Landesherren oder bei andauernder Behinderung desselben der des verfassungsmäßig zu erwählenden Regenten des Landes in einer Angelegenheit von solcher Wichtigkeit vorzugreifen, gerade in dieser Zeit die Stammburg unseres Fürstenhauses der Vernichtung Preis zu geben. In der Sitzung vom 15. Mai 1885 gab Staatsminister Graf Görz-Wrisberg die Erklärung ab, daß die Landesregierung 'sich der zuversichtlichen Hoffnung hingegeben habe, die Landesversammlung werde sich mit Rücksicht darauf, daß die erforderlichen Mittel auf die möglichst leichte Weise zu tragen, dem Lande zugemuthet sei, bereit finden lassen, sich mit dem Antrage der herzoglichen Landesregierung einverstanden zu erklären. Leider müsse die letztere besorgen, in dieser Hoffnung sich getäuscht zu sehen. Die Art und Weise, wie die Commission zu der Vorlage Stellung genommen, lasse eine Ablehnung derselben befürchten, und die herzogliche Landesregierung werde bei einer solchen der peinlichsten Lage ausgesetzt sein. Unter diesen Umständen habe er den Auftrag, zu erklären, daß die herzogliche Landesregierung die bezeichnete Vorlage damit zurückziehe'.

Der allgemein mit Sicherheit erhoffte oder befürchtete Untergang der Burg war damit vor der Hand noch glücklich abgewandt. Seitdem hat herzogliche Landesregierung, welche schon früher die Kosten eines neuen Daches für das Gebäude

übernommen, dem Stadtmagistrate eröffnet, daß bei Feststellung der neuen Straßenfluchten in der Umgebung der Burg auf deren Erhaltung Rücksicht zu nehmen, auch das Gebäude in zweckentsprechender Weise gegen Schaden zu schützen sei.

So steht die Angelegenheit zur Stunde. Welches wird schließlich ihr letzter Ausgang sein?



Schlußfolgerungen.

Ziehen wir unsererseits nunmehr aus vorstehender Betrachtung kurz die Schlußfolgerungen.

Sämmtliche Historiker und Geschichtsfreunde sind darin einig, daß die Burg Dankwarderode ein historisches Denkmal ersten Ranges ist. Sie bildet den Ausgangspunkt der geschichtlichen Entwicklung nicht nur unseres Herzogthums, sondern weiter Strecken des deutschen Nordens, und ist als solcher von hoher Bedeutung für die Geschichte unseres gesammten deutschen Vaterlandes. Keine zweite Stätte unseres Herzogthums kommt ihr an Fülle und Wichtigkeit historischer Erinnerungen gleich. Gegen diese Behauptung ist von keiner Seite jemals ein Widerspruch erhoben worden.

Die Burg Dankwarderode ist ein höchwichtiges Denkmal mittelalterlicher Profanarchitektur, in mancher Beziehung einzig in seiner Art. Ihre Vernichtung würde einen schweren

Verlust für die Geschichte der deutschen Baukunst bedeuten. Zum Beweise für diese Behauptung berufe ich mich auf die Arbeit des Stadtbauraths Winter, die Beschlüsse und die Denkschrift des Architekten- und Ingenieurvereins, die Ansicht der herzoglichen Baudirection, die Urtheile einheimischer und fremder Kunstkenner und Baumeister*. Kein Fachmann hat öffentlich diesem Urtheile widersprochen** ; nur Laien haben in Versammlungen und Zeitungsartikeln den Werth des Gebäudes herabzusetzen versucht.

Die Wiederherstellung der Burg Dankwarderode, insbesondere der Ostfagade derselben, ist auf Grund der erhaltenen Baureste sehr wohl auszuführen und bietet technisch keine erheblichen Schwierigkeiten. Ich berufe mich auf die gründlichen Untersuchungen des Stadtbauraths Winter und dessen Wiederherstellungsplan, auf den Plan der herzoglichen Baudirection und das Gutachten des Architekten- und Ingenieurvereins. Kein Fachmann hat wiederum die Möglichkeit einer Wiederherstellung des Gebäudes öffentlich in Zweifel gezogen.

Die Möglichkeit der Erhaltung der romanischen Baureste als Ruine ist den Witterungseinflüssen gegenüber zum mindesten zweifelhaft. Ich berufe mich auf die Ansicht des Stadtbauraths Winter, das Gutachten des Architekten- und In-

* Vgl. S. 26 ff.

** Vgl. S. 28 Anmerkung.

genieurvereins. Kein Sachmann hat bislang sich anheischig gemacht, Gewähr für eine sichere Erhaltung der Ruine zu leisten.

Die Burg Dankwarderode steht, falls die geplanten Straßenzüge auf ihrer Nord- und Südseite ausgeführt werden, den Verkehrsinteressen der Stadt keinesfalls im Wege. Ich berufe mich auf den Stadtmagistrat, auf das Stadtbauamt, auf die herzogliche Baudirection, auf den Architekten- und Ingenieurverein, auf die Mehrzahl der Stadtverordneten, insbesondere auch auf die Ansicht des Stadtv. Reuter vom 11. Sept. 1884.

Sind diese Behauptungen ganz oder theilweise irrig, so würde es zur Aufklärung der Sache erheblich beitragen, wenn man sie widerlegen wollte. Seht man aber in die genannten Gewährsmänner kein Vertrauen, ist man etwa der Meinung, daß die Urtheile und Gutachten über den baugeschichtlichen Werth der Burg nicht ohne Voreingenommenheit abgegeben sind, dann empfiehlt sich, von Kunst- und Bauverständigen Rath einzuholen, welche bis jetzt dieser Frage und dem über sie entbrannten Streite ganz ferne gestanden haben und auch in keinerlei persönlicher Beziehung zu den hadernden Parteien stehen. Doch eben nur von wirklichen Sachleuten, denen die wissenschaftliche und künstlerische Welt ein Urtheil zutrauen darf. Denn die Forderung muß unter allen Umständen aufrecht erhalten werden, daß derartige Fragen nur von Sach-

kundigen, nicht von beliebigen, im besten Falle lediglich sprachgewandten und redelustigen Laien in richtiger Weise beleuchtet werden können. Mag Jemand die allergrößten Verdienste um das städtische Gemeinwesen, dessen Anstalten und Einrichtungen besitzen: ungerecht wäre, von ihm nun auch ein zutreffendes Urtheil über Dinge zu fordern, mit denen sich zu beschäftigen er im angestregten Dienste seines Berufs niemals die Zeit, vielleicht auch niemals den inneren Trieb gehabt hat. Hier muß der Fachmann mit seinem Beirathe eintreten, und nicht ohne Nachtheil für die Sache wird man diesen unberücksichtigt lassen dürfen. Die hier vorausgegangenen Ausführungen dürften dafür hinlängliche Belege liefern.

Erweisen sich aber obige Sätze als richtig, dann kann kein Zweifel mehr obwalten, daß dem Lande die Pflicht obliegt, jenes werthvolle Denkmal einer großen Vergangenheit auch für die Zukunft zu bewahren. Und dies um so mehr, da die erforderlichen Geldmittel vergleichsweise nur gering genannt werden können. Es ist nicht nöthig auszuführen, welche Geldsummen im Lande Braunschweig während der letzten Jahrzehnte auf Bauten verwandt sind. Sowohl in der Stadt Braunschweig als auch anderer Orten in unserem Lande ist bei Errichtung neuer Bauten das Geld wahrlich nicht zu sparsam bemessen gewesen, und auch zur Erhaltung alter Bauwerke — es sei nur erinnert an die Wiederherstellung

zahlreicher, oft an einsamen Orten gelegener schöner Klosterkirchen — sind erhebliche Opfer nicht gescheut. Das ist gewiß kein unfeiner Ruf, zugleich aber ein erfreuliches Zeugniß dafür, daß Regierung und Landesvertretung einträchtig zusammen wirken, wo es sich um die Pflege idealer Güter, die Förderung der Kunst und die Erfüllung historischer Pietätspflichten, handelt. Wer wollte da nicht fest vertrauen, daß solche Gesinnung auch bei der Burg Dankwarderode, der ehrwürdigen Wiege unserer Geschichte, sich bald aufs Schönste bethätigen werde?!

Schon oft hat sich Klage über den Verlust kostbarer alter Bauwerke erhoben, leider nur meist dann erst, wenn es zu spät war. Man denke an den Dom zu Goslar und — um ein Beispiel aus nächster Nähe heran zu ziehen — an die Kreuzgänge des Klosters Riddagshausen, welche ebenfalls noch der Zeit Heinrichs des Löwen entstammten. Wenig hätte gefehlt, so wäre ein anderes stolzes Denkmal inmitten der Stadt Braunschweig, jetzt die Freude unser aller, die prachtvollen Lauben des Altstadttrathhauses der Vernichtung anheimgefallen. Wie früher die ähnlichen Lauben des Neustadttrathhauses sollten auch jene im Jahre 1786 aus den allernüchternsten Nützlichkeitsrücksichten beseitigt und durch eine moderne Fachwerksfagade ersetzt werden. Daß diese Gefahr noch glücklich abgewandt wurde, ist das Verdienst des einsichtsvollen Kammerraths v. Gebhardi, und die Nachwelt wird es ihm







KODAK GRAY SCALE

C

Red-Filter Negative

Cyan Printer

M

Green-Filter Negative

Magenta Printer

Y

Blue-Filter Negative

Yellow Printer

00 .10 .20 .30 .50 .70 M 1.00 1.30 1.60 S 1.90



black

3-color

white

cyan

violet

magenta

primary red

yellow

green

KODAK COLOR CONTROL PATCHES

These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.